

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,20 Goldmark, vierteljährlich 6,50 Goldmark, halbjährlich 12,50 Goldmark, jährlich 24,00 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Spaltenbreite 0,70 Goldmark, Restkomplett 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (außer bei zwei fettgedruckten Worten), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungnahme des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten keine 0,20 Goldmark. Eine Goldmark — ein Heller gerechnet durch 4,24.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295
Verlag: Donhoff 2506-2507

Sonnabend, den 18. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkassenkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Postfach 110, Lindenstraße 3

Kapitulation des Reichskanzlers.

Er verhandelt mit den Deutschnationalen über den Eintritt in sein Kabinett.

Wie wir hören, hat der Reichskanzler den Deutschnationalen drei oder vier Ministerportefeuilles angeboten. Als Minister werden genannt: Die Reichstagsabgeordnete Hergt, Leopold und Schiele und das Mitglied des Reichsrats Freiherr v. Gajl. Ein endgültiges Ergebnis ist noch nicht erzielt.

WTB, meldet Freitag 9 Uhr abends: Nachdem sich die Unmöglichkeit ergeben hatte, auf dem Wege der Verhandlungen mit den Fraktionen des Reichstages zu der notwendig gewordenen Erweiterung der Reichsregierung zu gelangen, hat der Reichskanzler nach Beratung mit den Reichsministern heute abend die Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei zwecks Verhandlungen über Einbeziehung deutschnationaler Parteimitglieder in die Reichsregierung empfangen.

Nach dem schmähvollen Schacher der letzten Wochen, dem Hin- und Herbewandern der Fraktionen hat der Reichskanzler Marg sich zu einer Tat entschlossen. Aber zu was für einer Tat! Es ist kein Verlegenheitsausweg, der nun betreten werden soll, es ist nicht eine von jenen vergänglichen Kombinationen zur Lösung der Krise, wie sie in den letzten Wochen massenhaft aufgetaucht sind. Es ist die Kombination, auf die die Bürgerblocktreiber nicht nur seit der Eröffnung dieser Krise, sondern vom 11. Mai 1924 an zielbewußt hingearbeitet haben. Durch die Verwirrung, das Schwanken, den Kuhhandel der letzten Wochen hindurch hat sich diese Linie durchgesetzt. Es handelt sich darum, eine Klassenregierung zur Abwälzung der Lasten des Dawes-Planes vom Besitz auf die Besitzlosen in Deutschland aufzurichten, eine Klassenregierung, von der die gesamte deutsche Arbeiterschaft von vornherein weiß, daß es ihr Ziel sein wird, sie politisch auszuscheiden und sozial zu knechten. Diese Regierung mit diesen vier Deutschnationalen wird die Verkörperung des schärfsten Klassenkampfes gegen die Arbeiterschaft sein. Unter der heuchlerischen Fassade „Fort mit dem Klassenkampf!“ haben die Bürgerblocktreiber mobil gemacht, um eine Aera der schärfsten sozialen Auseinandersetzungen in Deutschland einzuleiten.

Das Spiel mit politischen Formulierungen und Zielsetzungen, das in den letzten Wochen betrieben worden ist, das Hin- und Herüberheben der Entscheidung von der Deutschen Volkspartei zum Zentrum, vom Zentrum zu den Demokraten und zurück zum Zentrum, war nur die Kulisse. Sie haben sich geübt, offen und brutal zu sagen, was sie eigentlich wollten. Keiner wollte das Odium auf sich nehmen als Vorkämpfer für die Besitzinteressen, als Vorkämpfer der Abwälzung der Reparationslasten auf die Besitzlosen, die endgültige Entscheidung für den Bürgerblock herbeiführt zu haben. Nun, da die Entscheidung der Demokraten dies Spiel zu einem gewissen Ende gebracht hat, da die Formulierungen, die Fraktionsentscheidungen und Erklärungen nur den einen Weg offen zu lassen schienen, wenn sie ehrlich gemeint waren, die Entscheidung des Volkes selbst herbeizuführen, nun zeigen die Bürgerblockgenossen offen die Fügung. Sie scheuen es, entsprechend dem Sinn und dem Geiste der Demokratie mit ihren wahren Plänen vor das Volk zu treten. Unter Ausnutzung der Position, die ihnen die Verwirrungs- und Inflationsmächte vom 11. Mai gegeben haben, feilschen sie im Dunkel der Beratungszimmer eine Regierung zusammen, die Deutschland der Diktatur des Besitzes unterwerfen soll. Was gilt ihnen das parlamentarisch-demokratische System, was politische Ehrlichkeit und Reinlichkeit, was politische Würde! Die egoistischen Besitzinteressen, das blindwütige Drängen nach der Wiederaufrichtung des alten reaktionären Herrschaftssystems in Deutschland geht ihnen über alles. Sollte diese Regierung wirklich zustandekommen, man wird sie die Regierung des traffesten Besitzegoismus, die Regierung der Ausbeutung, die Regierung der Reaktion, die Regierung des Betruges nennen!

Eine Regierung, in der vier ausgesprochene Monarchisten sitzen, Leute, die bei der großen Entscheidung vom 29. August gegen die Ausführung des Dawes-Planes, gegen die bisherige deutsche Außenpolitik gestimmt haben, soll die deutsche Republik, — die Republik! — nach innen und nach außen vertreten. Soll man glauben, daß die demokratischen Minister dem schmähvollen Vorgehen des Zentrums folgen und gemeinsam mit vier erbitterten Feinden der Demokratie und der Republik sich in eine Regierung setzen werden? Diese Regierung wird nur der Form nach eine Koalitionsregierung sein. In Wahrheit wird sie die Regierung der Deutschnationalen, der Feinde der Verfassung und der Republik darstellen. Soziale Versöhnung, Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze hat das Zentrum noch vor zwei Tagen auf seine Fahne geschrieben.

Nun will es eine Regierung bilden, gemeinsam mit den Herren Leopold und Schiele. Herr Leopold, der Leiter der Liebedischen Montanwerke in Mitteldeutschland, die dem Stinnes-Konzern angehören, einer der berichtigtesten Scharfmacher, auf dessen Wicken zuletzt die Rehabilitierung Mitteldeutschlands und jene Stimmung mitteldeutscher Arbeiterkreise zurückzuführen ist, die sie dem Kommunismus in die Arme getrieben hat, als Minister der sozialen Versöhnung und des Ausgleichs wirtschaftlicher Gegensätze! Dazu Herr Schiele, einer der bekanntesten Führer des Landbundes, eifriger Verfechter des Schutzzollens, rückwärtsloster Vertreter großagrarischer Interessen gegenüber der Gesamtheit der Bevölkerung in einer Regierung des „Ausgleichs der wirtschaftlichen Gegensätze“! Beide Namen sind ein Programm. Es heißt: Soziale Reaktion, Verlängerung der Arbeitszeit, Lohndruck, Zollwucher.

Fortführung der bewährten Außenpolitik der Regierung Marg war der andere Punkt der Zentrumsentscheidung. Wer wird glauben, daß Herr Hergt, der gemeinsam mit Herrn Schiele am 29. August im Reichstag gegen die Dawes-Gesetze stimmte, gesonnen sein wird, in der Regierung die bisherige Außenpolitik der Republik, die er und seine Partei grundsätzlich auf das gehässigste bekämpft haben, fördern wird? Bedeutet innenpolitisch diese Regierung die schärfste Zuspitzung der sozialen Gegensätze und Auseinandersetzungen, so bedeutet sie außenpolitisch eine Erneuerung jener moralischen Fäulnis, die selbst dem bewaffneten Deutschland zur Katastrophe wurde, die das entwaflnete erst recht nicht ertragen kann.

Diese Regierung ist eine Absage an den Völkerbund, wie sie deutlicher und schärfer nicht erfolgen kann. Und wer soll im Auslande glauben, daß eine solche Regierung loyal die Dawes-Gesetze durchführen wird? Nur zu laut hat die Presse der deutschnationalen Reinsager, die nunmehr in die Regierung eintreten sollen, angekündigt, was sie unter der Ausführung der Dawes-Gesetze verstehen! Eine solche Regierung wird zielbewußt auf ein neues Hochschulzollsystem hinarbeiten und wird dadurch die Aussichten auf einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, auf die Wiedergewinnung der deutschen Stellung in der Weltwirtschaft verhängnisvoll verschlechtern.

Zerreißung im Innern, Katastrophe nach außen, das wird es bedeuten, wenn diese Regierung zur Tatsache werden soll. Gegen eine solche Regierung wird die deutsche Sozialdemokratie vom ersten Tage an einen unerbittlichen Kampf führen. In ihrem Lager wird der Schutz der Verfassung und die Sicherheit der Republik die Zukunft des deutschen Volkes und die Zukunft der Stellung Deutschlands unter den Nationen sein. Wollen die Bürgerblocktreiber diese Regierung der Provokation zur Tatsache machen, so werden sie den Kampf haben!

Und noch kein Ende!

Es hängt wieder bei den Demokraten!

Herr Marg, der am Dienstag in der Zentrumsfraktion bei den 13 war, die gegen die einseitige Erweiterung der Regierung nach rechts stimmte, und der am Freitag den Deutschnationalen drei bis vier Portefeuilles unter seinem Vorbehalt, Herr Marg geht jetzt von der Fiktion aus, daß seine neue Regierung keine Koalitionsregierung, sondern ein Kabinett der „Persönlichkeiten“ sein soll. Das hätte zur Voraussetzung, daß sich Herr Marg als Kanzler, also als Hauptpersönlichkeit, seine Mitarbeiter frei auswählt. Darauf gehen aber die Deutschnationalen nicht ein; sie wollen selber bestimmen, wen sie ins Kabinett schicken wollen, und so wird aus dem „Kabinett der Persönlichkeiten“ — rund herum, es muß sich drehn — doch wieder eine Koalitionsregierung.

Die Deutschnationalen teilten um 10 Uhr abends Herrn Marg mit, daß sie auf Grund seiner Richtlinien mitzuarbeiten bereit wären. Dann beschäftigten sie sich in ihrer Fraktions-sitzung mit der Verteilung der Portefeuilles und ihrer Befehle. Die Beratung dauerte in später Abendstunde noch weiter fort.

Außerdem hat aber die Sache noch einen letzten Haken. Herr Marg möchte Herrn Gehler als Reichswehrminister behalten und die Zustimmung der Demokraten dazu haben. Auf das Verbleiben des Herrn Hamm im Reichswirtschaftsministerium wird weniger Gewicht gelegt, zumal die Deutschnationalen auf diesen Posten Anspruch erheben. Die Demokraten werden sich darüber zu entscheiden haben, ob sie die Fiktion vom „Kabinett der Persönlichkeiten“, die von den Deutschnationalen schon wieder zerstört worden ist, annehmen oder bei ihrem Beschluß, den Bürgerblock nicht mitzumachen, beharren werden.

Es wird also noch ein Umfall gewünscht, es werden noch Mitschuldige gesucht. Keine bürgerliche Partei soll aus diesem Handel unkompromittiert hervorgehen, damit keine zur Anklägerin werden kann. Wie das Kapital selbst nach einem berühmten Wort von Marx (Marx, nicht Wilhelm!), so kommt auch sein politischer Vertreter, der Bürgerblock, aus allen Poren schmutztriefend zur Welt.

Die dem Zentrum nahesteheende Expreß-Korrespondenz meldet: Bei den Verhandlungen der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler Marg ist ein Ergebnis noch nicht erzielt worden. Die Besprechungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

Los auf Ebert!

Preisdrücken auf den Reichspräsidenten!

Tel.-Union verbreitet folgende Meldung: Nach der Mittwochabend-Sitzung der Zentrumsfraktion mußte man aus Auslassungen führender Zentrumsabgeordneter entnehmen, daß die Erweiterung des Kabinetts nach rechts vom Zentrum aus gesichert sei und auch die Rechte der Deutschen Volkspartei hatten nach einer Unterredung mit dem Reichskanzler offenbar den Eindruck, daß Herr Marg entsprechend der von ihm bisher angenommenen Haltung keinen anderen Ausweg zur Vermeidung der Krise und der Auflösung des Reichstags mehr sah. Nach der Besprechung des Kanzlers mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei erfolgte die Einladung der deutschnationalen Fraktionsführer zu einer Unterredung mit dem Kanzler Donnerstag vormittag 10 Uhr. Im Laufe des Abends ist dann Herr Marg zum Reichspräsidenten berufen worden, mit dem er eine längere Unterredung hatte. In politischen Kreisen glaubt man die Wirkung dieser Unterredung darin zu sehen, daß dann die Besprechung mit den deutschnationalen Fraktionsführern abgesetzt wurde und die Zentrumsfraktion am Donnerstag vormittag überraschenderweise den ablehnenden Beschluß faßte. Diese Meldung der Tel.-Union, die bekanntlich der Volkspartei nahesteht, wird von der Reichspresse mit Kommentaren begleitet, in denen sie ihrer Wut über den Reichspräsidenten Ausdruck gibt.

Das Positiverliche dabei ist, daß niemand — bis auf einen — weiß oder zu wissen glaubt, was zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler verhandelt worden ist. Möglich ist es ja schon, daß der Reichskanzler den Reichspräsidenten befragt hat, was er von der politischen Moral des Pakts vom 29. August hält und wie hoch er die republikanische Verfassungstreue von Leuten einschätzt, die sich schon so oft und so laut wie möglich als Monarchisten bezeichnen. Möglich ist sogar auch, daß der Reichspräsident auf solche Fragen geantwortet hat. Aber wissen tut es freilich niemand, weil das Gespräch doch vertraulich war! Infolgedessen ist die Reichspresse zu ihrem Lebewesen auch nicht in der Lage, dem Reichspräsidenten eine Ueberrückung seiner staatsrechtlichen Befugnisse vorzuwerfen. Diese Befugnisse wahrzunehmen, ist aber nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht.

Der einzige „Unterrichtete“ ist der tägliche Krisenschmoder „Deutsche Zeitung“. Er schreibt nämlich:

Während übrigens Ebert bisher, wie aus obigen hervorgeht, dem Spiele Wirths zum Erfolg verholfen hat, da es zugleich sein eigenes Spiel war, so einen nunmehr die Wege dieser beiden auseinanderzugehen. Man verwunderte sich gestern, daß jetzt nicht sogleich die Auflösung beschlossen wurde — Herr Ebert will plötzlich die Auflösung nicht mehr; denn er fürchtet — Wirth, Er, Wirth, ist jetzt der Gefeierte bei allen, die links sind; Wirth soll der Reichskanzler von morgen sein und — ist vielleicht der Reichspräsident von übermorgen... Man begreift also manches, was sonst kaum zu begreifen wäre.

Dieses „man begreift manches“ übertrifft an unfreiwilligem Humor noch die stolze Versicherung „Wir wissen, was gespielt wird“, mit der die „Rote Fahne“ jüngst den Abschluß einer deutschnational-sozialdemokratischen Koalition verkündete. Ja, wenn man sieht, welcher Blödsinn von einem gewissen Teil der Presse einer ob ihrer Startgläubigkeit bewundernswerten Veferschaft ferolert wird, da begreift man wirklich manches!

Eine amtliche Zurückweisung.

Post-Bureau teilt amtlich mit: Die TL. verbreitet die Meldung, wonach der Reichskanzler am Mittwochabend zum Reichspräsidenten berufen worden wäre, mit dem er eine längere Unterredung gehabt hätte. Die Wirkung dieser Aussprüche glaube man in der Absage an die zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler geladenen Deutschnationalen und in dem überraschenden

absehenden Beschluß der Zentrumsfraktion zu erblicken. Im Anschluß an diese Meldung werden in mehreren Blättern Angriffe gegen den Reichspräsidenten gerichtet.

Demgegenüber wird von zuständiger Seite festgestellt, daß der Reichspräsident selbstverständlich dem Reichspräsidenten über den Verlauf seiner Verhandlungen zwecks Erweiterung der Regierung mehrfach Bericht erstattet hat; auch am Mittwochabend hat der Reichspräsident um eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten nachgesucht. Daß der Reichspräsident dabei dem Reichspräsidenten in dem von der U. angebotenen Sinne beeinflusst habe, ist falsch. Von der Einladung der Deutschnationalen — es waren übrigens auch die Sozialdemokratischen Fraktionsführer vom Reichspräsidenten zu einer Besprechung gebeten worden — hat der Reichspräsident überhaupt nichts gewußt. Diese Besprechungen, die am Donnerstag 9 1/2 Uhr vormittags beginnen sollten, mußten hinausgeschoben werden, weil der Reichspräsident durch andere dringendere Verpflichtungen zurückgehalten wurde und dann die Entschließung des Zentrums die mit der Deutschnationalen und den Sozialdemokraten beabsichtigten Unterredungen untunlich erscheinen ließ.

Bremen gegen Schutzoll.

Mittrauensvotum gegen den Senat beschloffen.

Bremen, 17. Oktober. (WZB.) In der heutigen Sitzung der Bremischen Bürgerschaft wurde nach langer Debatte das von der Sozialdemokratie eingebrachte Mittrauensvotum gegen den Senat wegen seiner Zustimmung zur Schutzollvorlage mit 69 gegen 40 Stimmen angenommen. Dafür stimmten geschlossen die Sozialdemokraten und Kommunisten, ferner der größte Teil der Volksischen, ein Teil der Deutschnationalen, die drei Hausbesitzervertreter und zwei deutsche Volksparteiler.

Republikanische Justiz.

Sozialdemokraten haben keine „berechtigten Interessen“.

Drei Tage nach der Ermordung Rathenows war im deutsch-nationalen „Demminer Tageblatt“ ein vom verantwortlichen Schriftleiter Wörthofer geleiteter Artikel erschienen, in dem das Attentat als bestellte Arbeit der Sozialdemokratie bezeichnet wurde, die für ihre republikanische Propaganda eine neue Kampagne gebraucht habe, nachdem die vorhergehende Kampagne für Philipp (gemeint war das bekannte Blasphemier) nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe. Der Artikel verfiel sich zu den wüsten Angriffen auf alle Republikaner und Sozialisten und erreichte in Inhalt und Wort einen Tiefstand journalistischen Anstands, der schlechterdings nicht mehr unterboten werden konnte. In Anbetracht der Tatsache, daß das Attentat, wie ja auch im Rathenow-Wordprozess festgestellt worden ist, zum größten Teil durch die Hege der deutschnationalen Presse hervorgerufen worden war, erschien in unserem Straßburger Parteiblatt „Der Vorposten“ eine scharfe Zurückweisung dieser völlig unbegründeten Angriffe, in der die wesentlichsten Stellen des Artikels aus dem „Demminer Tageblatt“ abgedruckt wurden. Diese Zurückweisung erschien unter dem Titel „Der Rührboden der deutsch-nationalen Wörthofer“, charakterisierte diese Hege als „Schamlosigkeit und Gemeingefährlichkeit“ und bezeichnete den Artikel als „Subel“.

Das „Demminer Tageblatt“ wurde auf Grund des genannten Artikels auf die Dauer von vier Wochen verboten. Der Einspruch des Verlegers gegen dies Verbot wurde vom Staatsgerichtshof zurückgewiesen. Wegen des verantwortlichen Schriftleiters Wörthofer wurde öffentliche Anklage erhoben, der sich u. a. auch Genosse Scheidemann als Nebenkläger anschloß. Herr Wörthofer wurde im Februar 1923 von der Strafkammer des Landgerichts Greifswald zu einer Geldstrafe von 100 000 M. verurteilt. Als das Verbot erlosch, war, wurde diese Maßnahme im „Vorposten“ unter Bezugnahme auf die „maßlose beherrschende und verlogene Schreibweise“ des „Demminer Tageblatts“ mitgeteilt. Einige Tage später fand im Demminer Gewerkschaftshaus eine Protestversammlung gegen den Rathenow-Word und die Hege der deutschnationalen Presse statt. In einem kurz darauf im „Vorposten“ erschienenen Versammlungs-

Bericht war abermals auf die „gemeine Schreibweise“ des „Demminer Tageblatts“ hingewiesen worden.

Wörthofer hat damals in wohlbegründetem Vertrauen auf die in Vorposten übliche Praxis der politischen Justiz gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorposten“, Genossen Dr. Bolze, eine Privatbeschuldigung eingereicht. Die Klage kam am 4. Juli 1923 vor dem Schöffengericht in Straßburg zur Verhandlung und endete mit der Freisprechung des Genossen Dr. Bolze. Die Strafkammer bestätigte die Freisprechung. Das Oberlandesgericht in Stettin hat jedoch am 12. Mai 1924 das freisprechende Urteil aufgehoben und die Angelegenheit an die Strafkammer zurückverwiesen. Nunmehr hat sich die kleine Strafkammer (ein Richter, zwei Schöffen) bei dem Amtsgericht in Straßburg am 1. Oktober 1924 nochmals mit der Angelegenheit beschäftigt. Sie gelangte dabei zu einer Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 70 M. unter Freigabe der Kosten des Verfahrens.

In der Begründung dieses Urteils wird „festgestellt“, daß Genosse Dr. Bolze eine Beleidigung der Person des Privatklägers beabsichtigt und begangen habe. Im Gegensatz zu der Auffassung der Strafkammer in ihrem Urteil vom 27. Oktober 1923 werden diesmal die Ausdrücke „Schamlosigkeit“, „Subel“ und „verlogene Schreibweise“ und „gemeine Schreibweise“ als „bemühte und gewollte Kränkung des Privatklägers“ hingestellt, durch die der Tatbestand des § 185 StGB. erfüllt sei. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen wurde dem Angeklagten nicht zugeteilt. Dieser Standpunkt wird durch folgende Sätze begründet: „Denn, wie schon das Oberlandesgericht in Stettin im Urteil vom 12. Mai 1924 unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Reichsgerichtes ausgeführt hat, sind berechnete Interessen des Angeklagten nicht darin gegeben, daß er als Leiter des sozialdemokratischen Parteiblattes die Interessen dieser Partei wahrnehmen wollte. Denn die Presse nimmt, wie das Oberlandesgericht ausführt, bezüglich des § 183 StGB. keine Sonderstellung ein, und die Zugehörigkeit zu einer Partei begründet nicht ein dem Täter mehr angehörendes Interesse. Im übrigen ist aber ein eigenes Interesse des Angeklagten nicht ersichtlich, zumal er selbst durch den Artikel des Privatklägers nicht angegriffen ist.“ Im weiteren Verlauf der Begründung wird noch festgestellt, daß auch im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen des § 183 StGB. der Angeklagte trotzdem zu bestrafen sei, da nach der Ansicht des Gerichts aus der Form dieser Äußerungen „Schamlosigkeit“, „Subel“ und „verlogene Schreibweise“ die Absicht der Beleidigung (?) entnommen werden muß.

Es stehen sich hier also die Urteile zweier Strafkammern am selben Gericht in der gleichen Angelegenheit diametral gegenüber. Eins von den beiden Urteilen muß demnach doch wohl einen Rechtsirrtum enthalten. Aber seit dem Rathenow-Word sind ja schon wieder zwei Jahre ins Land gegangen und der Rechtsirrtum in Vorposten ist im Zeitalter des Bürgerkriegs schon wieder der Komm geschwollen. Da paßt das Urteil ganz in den Rahmen.

Das Petitionsrecht der Beamten.

Eine wichtige Entscheidung des Rechtsdisziplinarhofes.

Leipzig, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Rechtsdisziplinarhof soll am 21. Oktober in letzter Instanz ein Fall entschieden werden, der nicht nur für die Beamten, sondern allgemein von ungewöhnlicher politischer und rechtlicher Bedeutung ist. Im Juli 1922 hatte der Steuerinspektor Semke vom Finanzamt 12 in Berlin sich in einem Brief an den Abg. Dr. Petersen, den demokratischen Fraktionsvorsitzenden, über Verfassungsverstoß und andere Geschehnisse durch die höchsten Beamten der Reichsfinanzverwaltung beschwert und um Kritik dieser Verfassungsverstöße im Reichstag gebeten. Vom Geschäftsführer der Demokratischen Partei war der Brief dem damaligen Reichsfinanzminister Dr. Hermes mit der Bitte um Aufklärung zugeleitet worden. Jede Aufklärung, jede Antwort blieb aus. Statt dessen wurde gegen den Verfasser des Briefes im August 1922 ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Seit jener Zeit ist Semke auf halbes Gehalt gesetzt. Am 22. März 1924 fiel die Entscheidung der ersten Instanz: das Disziplinarverfahren wurde als Verstoß gegen das Petitionsrecht und als Vergewaltigung der allgemeinen Staatsbürgerrechte als unzulässig erklärt und entschloß, daß es auf Kosten der Staatskasse einzustellen sei. Die hochwohlwühlende Bureaupolitik des Reichsfinanzministeriums

kümmerte sich jedoch nicht um diese Entscheidung. Sie legte bei dem Rechtsdisziplinarhof in Leipzig Berufung ein. Diese Stellungnahme des jetzigen Reichsfinanzministers und der gegenwärtigen Reichsregierung ist deshalb besonders bezeichnend, als u. a. Genosse Böbe in seiner Eigenschaft als früherer Reichspräsident und ebenso der jetzige deutschnationale Reichspräsident Wallraf in amtlichen Schreiben an den Reichsfinanzminister das Verfahren als einen Verstoß gegen Sinn und Wesen des Parlamentarismus verurteilt haben. In seinem letzten Schreiben am 10. August forderte Reichspräsident Wallraf ausdrücklich, die Berufung des Staatsanwalts zurückzunehmen zu lassen. Das ist nicht geschehen, der Reichsfinanzminister erzwingt die Berufung in Leipzig. Auf das Urteil, über das eigentlich kein Zweifel bestehen kann, darf man also sehr gespannt sein.

Der Thüringer Bankskandal.

Auf der Suche nach dem Nachfolger.

Weimar, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion beriet der thüringische Landtag heute über den Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wegen der Vorgänge bei der Entlassung des Staatsbankpräsidenten Genossen Voeb. Der frühere thüringische Finanzminister Genosse Hartmann begründete in ausführlicher Rede den Antrag der Fraktion. Finanzminister v. Klühner vertheidigte die Stellungnahme der Regierung und griff in der heftigsten Weise sowohl die Sozialdemokratie wie auch die Demokraten an. Mit seinen Ausführungen berührte er auch über die Nachprüfung von Konten in der Staatsbank durch die thüringische Rechnungskammer. In diesem Bericht sind eine ganze Reihe neuer Vorwürfe gegen die Geschäftsführung des Staatsbankpräsidenten und auch des Staatskommissars Märker enthalten. Die Sitzung verlief außerordentlich stürmisch unter häufigen Unterbrechungen.

Die thüringische Staatsregierung verhandelt mit dem Finanzrat Dr. Jost, Mitglied des Direktoriums der Preussischen Regierungskassensysteme in Berlin, über die Nachfolge im Amt des Staatsbankpräsidenten.

Gleichstellung der weiblichen Erwerbslosen.

Frauen gleich den Männern.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder hat sich der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags am Freitag wieder mit der Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Erwerbslosen befaßt, da das Reichsarbeitsministerium den im Reichstag einstimmig gefassten Beschluß nicht durchzuführen ließ, sondern in der Verordnung vom 9. August lediglich die Gleichstellung solcher weiblichen Erwerbslosen vorgezogen hatte, die Angehörige mit zu ernähren haben. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums entschuldigte das damit, daß die Frage sowohl in den verschiedenen Reichsministerien wie bei den Ländern noch großen Widerständen begegnete, daß ihre Erledigung eine weitläufige Verzögerung der Verordnung zur Folge gehabt haben würde. In seinen Ausführungen ging aber auch klar hervor, daß das Reichsarbeitsministerium selbst zu den Gegnern der Gleichstellung gehörte; denn der Vertreter glaubte behaupten zu dürfen, daß es sich hier wohl um eine grundsätzliche Frage von einiger Bedeutung, aber weniger um eine praktische Frage handelte.

Demgegenüber vermahnte die Rednerin unserer Fraktion mit großer Deutlichkeit auf die furchtbare Tragik der Erwerbslosen Frauen, die heute in den Großstädten mit einer Unterstützung von 5,40 M. pro Woche einfach zum Verhungern gezwungen sind, wenn sie nicht auf schlimme Wege geraten wollen. Es wurde auch von unseren Vertretern wiederholt betont, daß von grundsätzlichen Gesichtspunkten aus keinerlei Berechtigung gefunden werden könne, die arbeitende Frau, eben nur weil sie Frau sei, schlechter zu stellen, da beim Manne niemand nach der Höhe seines Lohnes frage. Deswegen wandten wir uns dagegen, daß, wie in der Verordnung vorgezogen, die Höchstgrenze für die Unterstüßung unterhaltsbedürftiger Angehöriger bei der Frau niedriger

Odyseus Camerlynk.

Von Michael Kurd.

Der Völkerbund hat seine Tore geschlossen. Im nüchternen „Saale der Reformation“ sitzen keine Weltparlamentarier mehr an langen Tischen, die Briand und Boncour, Parmoor und Henderson, Benesch und Polk sind in ihre Heimatländer zurückgereist, und mit ihnen hat auch Monsieur Camerlynk Abschied von Genf genommen, — doch von ihm behaupten, er sei noch Hause gefahren, das hieße von der Heimat des ewigen Jüden sprechen.

Wann ruht Camerlynk in seinen rastlosen Bürgerfahrten durch Europa einmal aus? Seit zehn Jahren zieht er nun von Hauptstadt zu Hauptstadt, vom Bader zur Hafenstadt und von dort wieder auf einen ruhigen Landhof. Kreuz und quer, ohne Eigenwillen geht sein Weg. Fast jeder Monat steht ihn an einem anderen Blase. Er ist der ewige Konferenzgast, der wie ein Schatten den politischen Herrschern des Kontinents folgt, doch er kennt niemals Treue, denn nur den Lebenden gilt sein Dienst. Den gestürzten Staatsmännern wendet er den Rücken zu.

Dieser Herr Camerlynk ist für die Weisten ein Unbekannter, für die Zünftigen der internationalen Politik dagegen eine Erscheinung, um deren unbedeutende Verschlossenheit sich schon manche Bende rankt. Beförderer von Geburt, war er ursprünglich Professor, bis ihn ein eigentümliches Schicksal auf diesen Posten stellte, um die Hindernisse des babylonischen Sprachgewirrs zu überwinden. Als Dolmetscher hat er mitgeredet an all jenem vielen Bösen und dem wenigen Guten, das seit 1914 von den Denkern der Entente in die Welt gesetzt worden ist. In seinem Hirn muß sich die Weltgeschichte des letzten Jahrzehntes wie ein Monumentalfilm in hundert und mehr Akten ausnehmen. Bei jedem politischen Ereignis von Rang, ob Konferenz, Besprechung oder Unterhaltung, war er das Sprachrohr der Handelnden; er diente als Blöde und Fanfare, Schalmel und Kriegsdrommete.

Der Dolmetscher Camerlynk sah mit an der Marschalltabelle des Interalliierten Kriegsrates; lange Jahre hindurch sprach durch seinen Mund ein Foch zu seinen englischen Kollegen. Er durchlebte mit diesen Männern des Krieges Momente, in denen auch Heerführer zu glücklichen Regimentsführern, die für Hunderttausende über Leben und Tod entschieden, hatten Camerlynk als zuverlässigen Mittler.

Und später war er der fünfte im „Rat der großen Vier“, die in kurzen Wochen eine neue Welt schaffen wollten. Woodrow Wilson und George Clemenceau, Lloyd George und Orlando, alle sprachen nur durch ihn, Camerlynk, zueinander. Fliehend gab er englisch wieder, was eben der eine französisch gesagt, und umgekehrt französisch, was eben englisch gesprochen. Immer war und ist er mehr als ein simplier Dolmetscher und mechanischer Weiterleiter, seine Uebersetzungen treffen nicht nur den Wortlaut, sondern auch das Temperament des Sprechenden und seine Stimmung. Camerlynk ist ein genialer Schauspieler. Gewiß hat er gleich gut und gleich überzeugungsvoll in den erregten Debatten der Pariser Friedenskonferenz 1919 dem „Tiger“ wie dem Menschen, Clemenceau und Wilson, seine

Stimme gellen. Er stritt für den Walliser Fuchs und für den Sphylot Italiens. Vor Camerlynk wurden Große klein.

Als der mächtige Biererrat dann die Mißgeburt „Verfallens“ in die Welt gesetzt, und man Konferenzen über Konferenzen, Zusammenkünfte und wieder Zusammenkünfte vereinbarte, um das totegeborene Kind künstlich hochzupuppen, immer war Camerlynk dabei, in Cannes und Chiquers, in London und Paris, in Genua und Brüssel. Wenn Poincaré und Bonar Law sich auf halben Wege trafen, schlug ihnen der belgische Professor die sprachlichen Brücken. Kriegs- und Friedensworte, Äußerungen des Zornes und ebenso der Veröhnung trug Camerlynk von Staatsmann zu Staatsmann.

Seine größte bisherige Leistung war eine geradezu verblüffende Wort- und gestengereue Uebersetzung der 59 Minuten langen Rede Macdonalds auf der jüngsten Völkerbundtagung in Genf. Sie trug ihm auch eine berechnete Ehrung ein, als Präsident Roita im Namen der Versammlung einen wohlbedienten Anteil des türmischen Beifalls „vom Redner auf den Uebersetzer“ übertrug.

So sind Camerlynks zweite und wahre Heimat die Konferenzen mit ihrer diplomatischen, schicksalsschwangeren Atmosphäre geworden. Auf ihnen lebt er beständig und scheint sich dort allein wohl zu fühlen. . . . lebt ein seltsames Leben mit behaglichem Luxus in fast mündlicher Zurückgezogenheit. Rein Unbefugter darf ihm nahen. Immer ist er von unsichtbaren Augen bewacht, — denn er weiß, wie Völker geführt und verführt werden.

Schon hat ihm ein amerikanischer Verleger angeboten, dort drüben in aller Sicherheit für eine Riesensumme seine Remolken zu schreiben, doch Camerlynk hat es abgelehnt.

Fürchtet er die Allianz der Ministerpräsidenten a. D. oder hält er Schweigen für seine Pflicht oder ist er Philosoph? Wer weiß es? — Es wäre interessant zu vernehmen, ob er die Führer, die um ihn lebten, mit den Lippen des Heldenretzers, des Kammerdieners oder des Spätkers sieht.

Camerlynk aber wird schweigen und wie der vielsinnende Odyseus, tausendfältig und unergründlich, von Konferenz zu Konferenz verschlagen werden. Dieser lebende Archio der modernsten Geschichte wird nicht leicht zu öffnen sein.

Die Dummheit der Menschen ist so enorm . . .

Das schwer um seine Existenz ringende Dramatische Theater hat — ist die Not am größten, ist Gott am nächsten — von einer Seite Hilfe empfangen, von der es sie sich am wenigsten hätte träumen lassen. Getreu ihrem Wahlspruch: „Jeder blamiert sich so gut wie er kann“, hat die Deutschnationale Volkspartei im Preussischen Landtag an die Staatsregierung eine kleine Anfrage in Sachen Iwan Goll contra Spielführer gerichtet. Die Deutschnationalen haben gegen Iwan Goll satirisches Drama „Methusalem“ oder der ewige Bürger“ Verwahrung eingelegt und das preussische Staatsministerium gefragt, was es zu tun gedenke, um der systematischen Vergiftung der Volkseele entgegenzutreten, wie sie in „Methusalem“ verübt wird. Das Stück tropft von Unflätigkeiten und Gemeinheiten, wie sie noch nie über eine deutsche Bühne gegangen seien.

Die Kreise, die den Deutschnationalen nahestehen, werden sich

nunmehr um Bittens für die „Methusalem“-Vorstellung reihen. Eine bessere Kampagne könnte für das Theater nicht gemacht werden. „Methusalem“ wird ein Kassenerfolg werden wie seinerzeit Schillers „Reigen“, für den der hochbetagte Professor Brunner die Kasse trompete getutet hat. Was hat, fragen wir Hundertprozentige, die Partei der Fünzigprozentigen so in Harnisch gebracht, daß sie Regierungskrise Regierungskrise sein läßt und erst mal schnell die politische Moral unter den schühenden Regenschirm nimmt? Das wird es sein: In der Satire Golls nicht der dicke Bürger und Stiefelfabrikant Methusalem über seinem Schmerzbau ein und trümt. In seinem Traum sieht er sich als General über die Stiefel der ganzen Armee. Seine in seltsame Gebundenheit beschwingten Gedanken erscheinen auf einem Transparent: „Die ganze Armee hat hübenaugen, wir werden den Methusalem-Schuh, Marke Loreador, einführen. Die Schuhwölfe National wird den Glanz des Vaterlandes heben. Unsere Zukunft marschieren auf Gummischuhen. Hurra, hurra!“ Das ist zuviel für ein deutsches Gemüt. Die heiligsten Güter stehen auf dem Spiel! Rein schreiben, um Wähler mit diesem Rein zu fangen, wenn es aber um die Wurst geht, mit Ja stimmen, das ist moralisch. Sich über Phrasenbuddentum des Bourgeois lustig machen, ist unmoralisch. So denkt der deutschnationale Spieler.

Reizere Kritiker des „Methusalem“ haben bemängelt, Iwan Goll Satire sei überlebt. Wie nötig es ist, den Bananen immer wieder mit dem Spiegel zu kommen, in dem sie ihr eigenes Gesicht sehen, beweisen die Deutschnationalen mit ihrer Anfrage. Goll sagt: „Die Monotonie und die Dummheit der Menschen sind so enorm, daß man ihnen nur mit Enormitäten bekommen kann.“ Ich frage: Hat er recht? Ernst Degner.

Kommunisten des hohen Nordens. Eine erstaunliche Schilderung von dem Alltagsleben der Eskimos entwirft der Polarforscher Donald B. McKillop, der nach einem 15 Monate langen Aufenthalt im Polarreis von Nordgrönland nach New York zurückgekehrt ist in amerikanischen Blättern. Die Eskimos des Smith-Sundes sind nach seinen Ausführungen vollkommen Kommunisten. Sie kennen kein Besitztum und auch keine Befehle über das Eigentum. Niemand nimmt etwas anderes sein eigen als der Mann seine Waffen und die Frau ihre Kochtöpfe. Die Steinhäuser, in denen sie wohnen, gehören allen und keinem. Findet eine Eskimofamilie ein solches Haus unbewohnt, so nimmt sie davon Besitz und bleibt hier, bis sie es wieder verläßt oder bis ein anderer es beansprucht. Vielmännerei und Vielweiberei ist bei ihnen üblich; es gibt keine besonderen Hochzeits- oder Scheidungsgebräuche. Hat ein Mann eine Tochter und ein anderer einen Sohn, so beschließen sie, daß sie sich heiraten sollen. Die jungen Leute haben nichts dabei mitzureden; sie werden ohne jede Zeremonie zusammengebracht und geben wieder auseinander, wenn sie voneinander genug haben. Die Kinder folgen stets der Mutter, und so verliert ein Mann über Nacht seine Familie und erhält eine andere, wenn er keine Frau verläßt und sich mit einer neuen zusammenschließt. Dabei ist die Liebe zu den Kindern sehr groß, und es gibt unter den Eskimos unglückliche Ehepaare nur dann, wenn sie keine Kinder haben.

Spieländerung. Die für Sonnabend im Theater am Kurfärken-damm angelegte Uebersetzung der Komödie „Der Phagan“ führt nach Paris' findet erst am Dienstag statt.

als beim Moare gefeht wurde, weil hierdurch gerade die Mutter, die für ihre Kinder zu sorgen hat, betroffen wird.

Nachdem die Einmütigkeit des Ausschusses in der Beurteilung der Haltung des Arbeitsministeriums zum Ausdruck gekommen war, wurde gegen die Stimmen der Zentrumsabgeordneten folgende Resolution angenommen:

„Der Sozialpolitische Ausschuss drückt sein höchstes Befremden darüber aus, daß das Reichsarbeitsministerium den vom Reichstag einstimmig gefassten Beschluß auf Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Erwerbslosen nicht durchgeführt hat.“

Einstimmig wurde ferner folgende Entschließung vom Ausschuss gefaßt:

„Der Ausschuss wiederholt nachdrücklich den Beschluß vom Juli 1924: die Reichsregierung zu ersuchen, daß die Spanne zwischen weiblichen und männlichen Erwerbslosen aufgehoben wird“ und ersucht das Reichsarbeitsministerium, umgehend die Anordnung über die Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 9. August 1924 entsprechend zu ändern.“

Da der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums nunmehr versprochen, sich von seinem Ministerium aus voll für die Durchführung dieses Beschlusses einzusetzen, dürfte wohl zu hoffen sein, daß endlich in der nächsten Zeit ein großes Unrecht gegen die Frau damit behoben wird.

Hitler läßt verfahren.

Er scheut die gerichtliche Klarstellung.

München, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Juli 1922 hatte die „Münchener Post“ mitgeteilt, daß in einer Sitzung der Nationalsozialistischen Partei über Pläne zur Ermordung Erzbergers und Rathenows beraten worden sei. Hitler stellte im Namen der von ihm geleiteten Partei Klage, für die das Amtsgericht München im Sommer 1923 den Termin angefeht hatte. Mit Rücksicht auf die damalige politische Lage wurde dieser Termin aber dann von Amts wegen abgefeht. Trotz verschiedener Bemühungen des Verteidigers der Beklagten, des Rechtsanwalts Genossen Seeger, blieb das Verfahren weiterhin ruhen, bis jetzt am 2. Oktober das Amtsgericht in München den Beschluß erließ, daß die Strafverfolgung wegen eingetretener Verjährung unzulässig sei. Das ist innerhalb kurzer Zeit der dritte wegen Verjährung eingestellte Prozeß. Den Hitler seinerzeit wegen schwerer Vorwürfe gegen ihn und seine Bewegung angefeht hat. Man muß deshalb annehmen, daß Hitler und sein Gewaltkader ihre feststimmten Gründe haben, damit die angeblichen Verleumdungen nicht öffentlich aufgefährt werden.

Völkische Gemeindeforgen.

München, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Bayern finden im Dezember bekanntlich die Gemeindevahlen statt. Die Vorbereitungen der Parteien sind in vollem Gange. Insbesondere die Völkischen haben bereits eine lebhaftige Agitation entfaltet. An der Spitze steht der völkische Münchener Rechtsanwalt Budeken, der sich in seiner letzten Versammlung in Augsburg u. a. auch über das deutschvölkische Gemeindeprogramm ausließ und folgendes mitteilte:

„Die völkischen Gemeindevorsteher werden dafür sorgen, daß in den Theatern nur mehr deutsche Stücke gegeben werden, daß mit der Bordelbilderei aufgehört wird. Deutscher Heldengeist allein muß in den Theatern gepflegt werden. Alle Hurenstücke haben zu verschwinden, ganz gleichgültig, ob sie von französischen, englischen, italienischen oder deutschen Vorbildern gemacht sind. Aus den Kabarets haben die fremdländischen Tänzerinnen zu verschwinden, die mit ihren Waden unsere Jugend verderben. Ueberhaupt müßten unsere Schulkinder im Geiste Bismarcks und Sudendorfs erzogen werden. Das ist viel wichtiger als die Geschichte von Moses im Wägenrollen.“

Na, das muß ein schöner „Heldengeist“ werden. Die völkischen Wortprozesse vor dem Staatsgerichtshof liefern einen Vorgeschmack von diesem „Geist“.

Ein 20 Kilometer tiefes Loch in die Erde. Einen kühnen Plan hat der berühmte englische Ingenieur Sir Charles Parsons kürzlich entworfen. Er schlägt vor, man solle einen großen Schacht von 20 Kilometer Tiefe in die Erde graben, um herauszubekommen, „was eigentlich unter der Erdoberfläche liegt“. „Versuche haben mich davon überzeugt“, sagte er, „daß man einen solchen Schacht innerhalb von 50 Jahren und mit einem Kostenaufwand von 20 Millionen Pfund anlegen kann. Es wäre ein starkes Band der Gemeinschaft für die verschiedenen Völker, wenn sie sich zu einem solchen Unternehmen verbinden würden, das für die Erforschung der Erde von größter Bedeutung sein würde. Wir wissen nichts von dem, was unter unseren Füßen ist, aber wir haben erkannt, daß die schwersten Minerale am nächsten dem Erdboden liegen, und wir dürfen annehmen, daß wir damit unbekannte Metalle und neue chemische Elemente finden würden. Da die bisher erbohrte größte Tiefe nur etwa 1 1/2 Kilometer beträgt, so stehen Techniker der Ausföhrung dieses Planes sehr zweifelnd gegenüber.“

Der Steinzeitmensch hat schon Häuser gebaut. Einen äußerst bemerkenswerten Fund hat man bei Lindö auf der Insel Vangeland gemacht. In einem Hügelabhang, etwa zehn Meter über dem Meere, fand man deutliche Spuren von zwei aus Behm gebauten Häusern. Der Behm war um ein Rahmen- oder Flechtwerk aus Pfählen und Zweigen gefügt. Die beiden Häuser sind übereinander gebaut. Das untere scheint verlassen und mit Erde gefüllt worden zu sein, und dann hat man offenbar ein neues Haus darauf erbaut. Das erschwert einigermaßen die Bestimmung von Grundriß und Umfang, aber es sieht aus, als ob die Lehmwände des Hauses einen Raum umschlossen haben, der nur knapp so groß war wie ein normales Wohnzimmer der Gegenwart. Ritten im Raum lag die Feuerstätte. In dem oberen Raum ist der Herd sehr schön und absolut kreisrund. Er ist aus Behm aufgeführt und ruht auf einem großen Stein. Nicht neben dem Herd findet sich ein Sitz aus Behm, wahrscheinlich der Weg des Mannes, und darauf lag eine Menge Splitter von Feuerstein. In der Höhe des Herdes stand eine Bank, gleichfalls aus Behm, die als Liegeplatz diente. Rund um den Herd liegt ein Fußboden von großen Steinen. Unter den Trümmern der Wände fand sich ein sehr schöner Steinmehl. Dies im Verein mit den Feuersteinplatten auf dem Sitz des Mannes und andere Umstände deuten darauf, daß die Familie aus dem Haus geflüchtet ist. Außerhalb des Hauses lag noch ein Feuerplatz, der wahrscheinlich im Sommer gebraucht wurde. Hier fand sich auch ein verbrochener Tonkrug, in dem noch Knochen lagen, aus denen man Suppe gekocht hatte. Diese Überreste haben die bisher unbeantwortete Frage gelöst, ob die Steinzeitmenschen in Häusern gelebt haben. Die Häuser stammen aus der jüngeren Steinzeit und sind also viel älter als irgendeine andere bisher gefundene Menschenwohnung.

Vollstühne. Für die Klaviermalines von Artur Schnabel Sonntag, den 19. d. M., mittags 1/2 Uhr, im Theater am Säulomplatz sind noch Karten in beschränkter Anzahl mittags an der Kongresskasse des Theaters zu haben.

Großes Schauspielhaus. Die Ersaulführung der Schau „An Alle.“ ist auf den 21. d. M. verschoben. Die für den 19. d. M. gelösten Eintrittskarten behalten für den 21. d. M. ihre Gültigkeit.

Republikanische Studenten.

In Berlin tagte kürzlich eine Reichsbordanstaltung der Republikanischen Studentenschaft Deutschlands und Oesterreichs, in der wichtige Beschlüsse über den organisatorischen Ausbau und über eine Steigerung der agitatorischen Arbeit dieser Organisation auf den deutschen Hochschulen gefaßt wurden. Besonders erregend ist, daß in dieser Sitzung einstimmig ein Aufruf an die staatlösen deutschen Studenten beschlossen wurde, in dem zum geschlossenen Eintritt in das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aufgefordert wird. Auch die Führer der demokratischen und der katholischen Studenten stimmten diesem Beschluß zu. Um die Verbindung zwischen dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der republikanischen Studentenschaft möglichst innig zu gestalten, ist Genosse Kolb-Wenn in den Reichsausschuss des Reichsbanners eingetreten.

Die Rückgabe der Regiestrecken.

Regelung für die Uebergangszeit.

Dortmund, 17. Oktober. (Eca.) Eine Konferenz zwischen der Reichsbahndirektion und der Regiedirektion hat, wie amtlich mitgeteilt wird, am 16. Oktober in Dortmund stattgefunden zur Regelung der Eisenbahnfrage in der Dortmund-Jone nach Abzug der Befahrung aus Dortmund. Nach dem Organisationskomitee gegebenen Richtlinien wird nunmehr am 19. d. M. nur die Strecke Dortmund-Hauptbahnhof-Lünen-Nord mit den Bahnhöfen Dortmund-Hauptbahnhof und Dortmund-Going, Herne, Lünen-Hauptbahnhof und Lünen-Nord der Reichsbahn übergeben. Die Reichsbahn führt den Betrieb dieser Strecke, jedoch gemäß den oben erwähnten Richtlinien nach den Vorschriften und Tarifen der Regie. Die Frankensüdwestung der Eisenbahngesellschaft auf dieser Strecke bleibt bestehen. Das Betriebspersonal wird in Marktwährung bezahlt. Die bisherigen Uebergänge des Personen- und Güterverkehrs müssen hiernach bis zum 16. November, dem Tage der Gesamtübergabe der Regie, in der bisherigen Weise bestehen bleiben. Es muß daher, wie bisher, bis zum 16. November eine Neuanfertigung des Personen-, Gepäck- und Güterverkehrsstaris stattfinden. Lünen-Nord, Lünen-Süd, Lünen-Hauptbahnhof, Scharnhorst, Dortmund-Hauptbahnhof, Dortmund-Ost, Dortmund-Süd, Hoerde, Lütringhausen. Die anderen Dortmund Bahnhöfe, von Dortmund-Obereising, Dortmund-Berchlebebahnhof, Dortmund-Hofen, Dortmund-Lindenhorst, Huderde-Süd und Nord, Dortmund-Dorftefeld, Dortmundfeld, Dortmundfeld und Lünen-Süd und weiter westlich bleiben im Regiebetriebe. Es wird in der geräumten Zone nach dem 19. Oktober aber nur noch deutsches Personal beschäftigt.

Der Kampf gegen Macdonald.

London, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Besonders scharf wird der Wahlkampf im Wahlkreis Macdonalds geführt. Macdonald ist bei der letzten Wahl mit 3500 Stimmen Vorsprung vor dem konservativen Kandidaten gewählt worden. Ein liberaler Kandidat war nicht aufgestellt. Der Sieg Macdonalds wird darauf zurückgeführt, daß viele Liberale damals für ihn gestimmt haben. Die Liberalen fordern jetzt ihre Anhänger auf, für den konservativen Kandidaten zu stimmen.

Das englische Wahlrecht sieht vor, daß am Tage der offiziellen Nominierung der Kandidaten diejenigen Kandidaten, denen kein Gegner gegenübergestellt ist, ohne Wahlkampf als gewählt erklärt werden. Im letzten Parlament saßen 50 solche Abgeordnete. Im gegenwärtigen Wahlkampf sind 33 Kandidaten ohne Gegner, darunter 8 Arbeiterparlamentarier, die am Sonnabend schon Mitglieder des neuen Parlaments werden.

Nach der vorläufigen Kandidatenliste sind in 320 Wahlkreisen nur je zwei Kandidaten aufgestellt. In 33 Wahlkreisen, wo bei der letzten Wahl Arbeiterparlamentarier mit relativer Mehrzahl gewählt worden sind, haben die Liberalen zugunsten des konservativen Kandidaten ihren Kandidaten zurückgezogen. Die Konservativen hoben zugunsten der Liberalen in 11 anderen Wahlkreisen auf eigene Kandidaten verzichtet.

Reparationen und Dawes-Plan.

Es bleibt nichts für die Ententeklassen übrig.

Paris, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationskommission hat am Freitag im Anschluß an ein Referat des Agenten für die Reparationszahlungen, Owen Young, über die Aufstellung eines Planes zur Regelung und Verteilung der aus dem Dawes-Plan zu erwartenden Einnahmen beraten. Von mehreren Seiten wurde dabei lebhaft Kritik an den nicht zu den Reparationen im eigentlichen Sinne gehörigen Ausgaben geübt, die mehr als die Hälfte der im ersten Jahre aus dem Dawes-Plan zu erwartenden Einnahmen zu verschlingen drohen. Nach den von der Londoner Konferenz ratifizierten Bestimmungen des Dawes-Planes soll die von Deutschland jährlich zu bezahlende Summe die Gesamtheit der auf Grund des Friedensvertrages an die Alliierten zu leistenden Beträge in sich schließen. Aus der ersten Milliarde, die Deutschland im ersten Jahr an den Agenten für Reparationszahlungen abzuführen wird, sind demnach nicht nur die Befahrungskosten, die Ausgaben für die Militärkontrollkommission, für die Restituten, sowie für die Abwicklung des Schuldenausgleichs, sondern auch der für den Zugsdienst der 800-Millionen-Anleihe erforderliche Betrag von 9 1/2 Millionen Goldmark zu bestreiten. Ein Teil der Deutschland obliegenden Zahlungen wird außerdem durch die in England und Frankreich eingeföhrte 26-prozentige Abgabe von der deutschen Einfuhr direkt erhoben, so daß die an die gemeinsame Reparationskasse fließenden Gelder kaum mehr zur Bestreitung der Sachleistungen ausreichen dürften. In der Reparationskommission scheint man sich von der Unhaltbarkeit dieser Situation am Freitag Rechenschaft gegeben zu haben, ohne daß es jedoch zu irgendwelchen Beschlüssen gekommen wäre.

Frankreich und die Zeppelin-Werft.

Durchbrechung des Londoner Protokolls?

Die Ausführungen des „Journal“, das sich gegen eine Verneinung der Friedrichshafener Werft einsetzt und die Möglichkeit andeutet, daß Frankreich selbst bei der Zeppelingeellschaft ein Verkehrsflugschiff bestellen möchte, haben in Kreisen, die der Friedrichshafener Werft nahestehen, großes Interesse erregt. Grundlegend würde die Friedrichshafener Werft durchaus nicht abgeneigt sein, Luftschiffe, etwa nach dem Muster des Amerika-Zepellins, für Frankreich zu bauen, da man auf dem Standpunkt steht, daß in längerer oder kürzerer Zeit auch andere Länder dazu übergehen werden, Startluftschiffe zu konstruieren, die den deutschen Zeppelinen ähnlich sind oder die Teile der deutschen Konstruktionspläne für ihre Luftfahrzeuge übernehmen werden. Wenn Frankreich der Zeppelin-Werft einen Auftrag auf den Bau eines oder mehrerer Zeppelinschiffe zu erteilen wünschte, sei es jedoch notwendig, daß zuvor zwischen den Regierungen beider Länder eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Frage von Luftschiffbauten in Deutschland geführt werden. Es kann sich nach Ansicht der beteiligten Kreise keineswegs darum handeln, daß Frank-

reich ein Reparationsluftschiff verlangt, denn nach der Zerstückung der in Nordholz und in anderen Häfen liegenden Marinezeppeline durch die deutschen Mannschaften wurde bekanntlich ein Abkommen mit der Entente dahin getroffen, daß für 6 der gänzlich zerstörten Schiffe von deutscher Seite eine Entschädigung von 18 Millionen Goldmark gezahlt wurde, während die leichter beschädigten Schiffe wieder hergestellt und an die Siegerstaaten abgeliefert wurden.

Nach dem Versailler Friedensvertrag hat Deutschland jedoch nicht das Recht, Luftschiffe zu bauen, die ein größeres Fassungsvermögen als 30 000 Kubikmeter besitzen. Diese Einschränkung ist besonders auf Drängen der französischen Regierung vorgenommen worden. Wenn nun französische Firmen heute den Wunsch haben, Großluftschiffe zu erhalten, und wenn die Interalliierte Militärkontroll-Kommission die Erlaubnis zum Erwerb solcher Zeppeline geben sollte, so ist zunächst deutscherseits die Frage der Begriffsbestimmung für Luftschiffe und Flugzeuge erneut zu klären, da die Lieferung eines etwa 200 000 Kubikmeter fassenden Zeppelins die Durchbrechung der von der Entente, also auch von Frankreich, festgesetzten Baubeschränkung bedeuten würde. Soweit in ununterrichteten Kreisen in Berlin bekannt ist, sind Verhandlungen über eine französische Zeppelinbestellung in Deutschland noch nicht im Gange.

Der große Diplomatenstich in Frankreich.

Paris, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die bereits seit einiger Zeit angekündigten Veränderungen im diplomatischen Dienst der französischen Republik werden, nachdem in der Zwischenzeit die Genehmigung der in Frage kommenden auswärtigen Regierungen eingetroffen, voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche erfolgen. Im einzelnen sind folgende Personalveränderungen vorgesehen: An Stelle des in den Ruhestand zurückgetretenen Herrn Barre wird der Senator Besnard in den Palazzo Farnese in Rom einziehen. Botschafter in Washington an Stelle Jufferands soll der Direktor der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium Daeschner werden, dessen Nachfolger der stellvertretende Direktor Pean sein wird. An Stelle des Grafen Saint Aulaire wird der bisherige Gesandte in China de Fleury die Vertretung der französischen Interessen in London übernehmen. Sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Riga, Paris, sein. Den Gesandtschaftsposten in Bern erhält der radikalsozialistische Abgeordnete und bekannte Kognat-Industrielle Jean Hennessy. Der politische Direktor am Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, der der intimste Ratgeber Poincarés war, wird als Botschafter nach Madrid gehen. Er wird durch den stellvertretenden Direktor im gleichen Ministerium La Roche ersetzt, dessen gegenwärtigen Posten der stellvertretende Leiter der Wirtschaftsabteilung Soudou erhält. Die Gesandtschaft in Wien wird mit dem Grafen Beaumarchais, bisher Direktor der afrikanischen Abteilung im Außenministerium, diejenige in Athen mit dem Grafen Chambrun, Leiter der Presseabteilung, besetzt. Auch die Gesandtschaftsposten in Haag, Bukarest, Sofia, Christiania und Lugemburg werden in der nächsten Zeit neue Inhaber erhalten.

Die Tragödie Georgiens.

Protest gegen das bolschewistische Genterregiment.

Das „Bereinigte Komitee zum Schutz der in Rußland inhaftierten Revolutionäre“, dem Vertreter der linken Sozialrevolutionäre, der Magimolisten und Anarchisten angehören, veröffentlicht folgenden Protest gegen die blutige Unterdrückung Georgiens:

„Drei Wochen lang sieht das Blut der Arbeiter und Bauern im kleinen heldenhaften Georgien. Die Mostauer Regierung suchte schon lange nach einer Gelegenheit, um die unbotmäßigen, dem bolschewistischen Despotismus keinen Gehorsam leistenden revolutionären Elemente Georgiens endgültig auszumerzen. Mit Feuer und Schwert hat sie die Bewegung der Werktätigen der ukrainischen Dörfer unterdrückt; mit unerschütterter Grausamkeit ist der revolutionäre Aufstand in Kronstadt im Blut ertränkt worden; ebenso hat sich die Mostauer Regierung jetzt seinen Augenblick gesucht, den von ihr selbst provozierten Aufstand der georgischen Werktätigen mit bestialischer Erbarmungslosigkeit zu zerquetschen. Die Bolschewiki haben den georgischen Aufstand sowohl durch ihre bisherige Politik der Terrors und der Diktatur als auch unmittelbar durch die schmutzige Arbeit ihrer Leuchtpolizisten provoziert. Ohne sich in irgendeiner Weise mit der früheren menschenwürdigen Regierung Georgiens einzustellen zu erklären, ganz auf dem Boden der Ideen der großen Oktoberrevolution stehend, erklärt das Komitee zum Schutz der in Rußland inhaftierten Revolutionäre seine volle Sympathie für die aufständischen Bauern und Arbeiter Georgiens: Wir sind durch die Erschießung der dreihundertzig sozialistischen Geiseln, die in den bolschewistischen Gefängnissen lange Zeit vor dem Ausbruch des Aufstandes interniert waren, tief empört. Das Herz des werktätigen Rußlands blutet bei den furchtbaren Nachrichten über die Massenerschießungen ihrer Brüder in den Dörfern und Bergschluchten des vergewaltigten Georgiens. Die Namen der tragisch gefallenen Kämpfer für den Sozialismus, die Namen Chomerikis, Dschugells und der anderen werden in der dankbaren Erinnerung der Werktätigen Rußlands ewig bewahrt bleiben.“

Schulz wird ausgewiesen.

Budapest, 17. Oktober. (B.Z.) Der Oberstadthauptmann hat die Entschcheidung getroffen, daß Schulz-Förster nicht nach dem Zuchthaus gebracht, sondern von Kriminalbeamten morgen, Sonnabend, an die Grenze geführt und dort seinem Schicksal überlassen wird.

Shenandoah im Sturm.

London, 17. Oktober. (B.Z.) Ein Funkpruch des amerikanischen Luftschiffs Shenandoah besagt, daß es südlich San Francisco gegen einen Sturm anzukämpfen habe, der mit einer Geschwindigkeit von 80 Meilen in der Stunde weht.

Flugzeugkatastrophe in Italien.

Rom, 17. Oktober. (Eca.) Ein Hydroplan, der aus Pola kam und einige Evolutionen ausführt, fiel aus der Terrassa eines Wohngebäudes herab. Die Motoren explodierten, die ganze Maschine fing Feuer, die Flammen sprangen auf das Haus über und zerstörte es vollständig. Der Mechaniker verbrannte vor Urkenntlichkeit, der Pilot und drei junge Mädchen, die an der Unglücksstelle weilten, wurden schwer verletzt.

Völkerbundrat noch im Oktober. Schmans teilte dem Generalsekretariat des Völkerbundes mit, daß er eine außerordentliche Tagung des Völkerbundrates zur Prüfung des englisch-russischen Gegensatzes in der Mosul-Frage einberufen werde. Man nimmt an, daß die Tagung zwischen dem 25. und 27. Oktober in Genf, Brüssel oder Paris stattfinden wird.

Sonntägliche Wanderziele.

Laubwald im Herbst! Ein farbenprächtiges Landschaftsbild, wie wir es so bunt in keiner anderen Jahreszeit kennen lernen, bietet sich uns, wenn wir jetzt die heimatischen Laubwälder durchstreifen. Und die Mark Brandenburg ist reich an solchen Wäldern, besonders ihr nördlicher Teil.

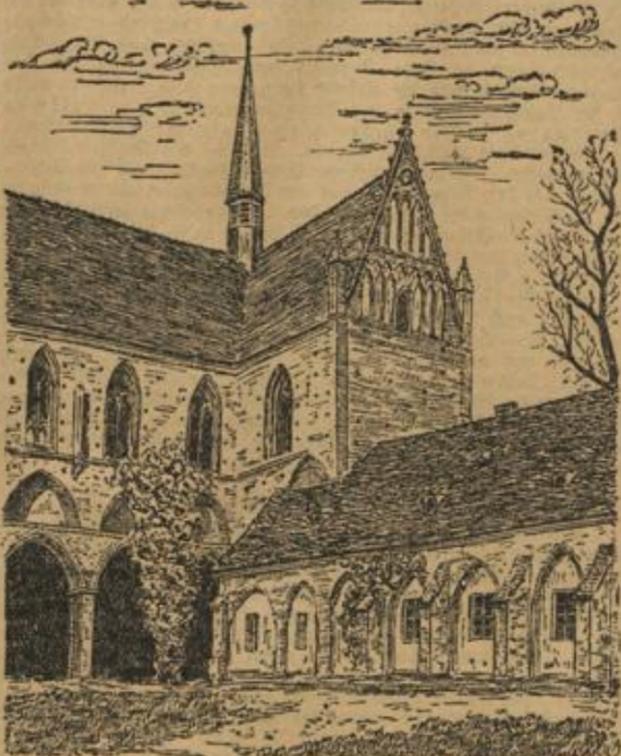
Kloster Chorin.

Um zum Kloster Chorin zu gelangen, fahren wir vom Sietziner Fernbahnhof bis Chorin an (Sonntagsfahrkarte bis Chorin lösen). Wir kommen in das Dorf und gehen an der kleinen Kirche vorbei nach seinem südlichen Ausgange, den Weg nach dem Kirchhof. Kurz vor diesem, an der Begeilung „Sandkrug—Kagöfer Rühle“, führt ein Fußsteig nach links, bergan. Am Südhang der großen udermännlichen Endmoräne wandern wir weiter. Nach Süden öffnet sich der Blick auf das Urstromtal bei Eberswalde und seine jenseitigen Höhen, sowie auf die Kolonie Sandkrug. Wir kommen zum Retteigraben, der tief in das Gelände eingeschnitten ist, und dessen Wasser gluckend und murmelnd zu Tale rauscht. Auf dem Südhang führt der Weg nach Osten zu einem Steig, auf dem wir den Graben überschreiten. Jenseits geht es durch ein Fagelgatter in den Klostergarten. Wir bleiben am Retteigraben bis zu der Stelle, wo er den Amtssee verläßt. Nur wenige Schritte nach rechts, und wir stehen vor der Ruine des Klosters Chorin, eine der schönsten Ruinen Norddeutschlands. Chorin war ein Tochterkloster von Lehnin. 1260 wurde das Kloster Mariensee auf einer Insel im Paarsteiner See, dem jetzigen Pehligwerber, gegründet. Im 1270 schon wurde das Kloster dahin verlegt, wo heute noch die Ruine steht. Das Kloster wurde während des Dreißigjährigen Krieges durch die Schweden zerstört. Ein Teil der Gebäude, von denen einige als Wirtschaftsräume des Amtes Chorin benutzt werden, ist noch erhalten. Die Kirche ist, wie nahezu alle Bauwerke Chorins, aus Backsteinen im gotischen Stil errichtet und weist in ihrem Grundriß die engste Verwandtschaft mit der Kirche des Mutterklosters Lehnin auf. Im südlichen Teil des westlichen Klosterflügels ist noch die Klosterküche erkennbar. Selber mühte der unbehinderte Zutritt zu den Bauwerken verboten werden. Sogenannte „Wanderer“ haben es durch allerlei Unfug glücklich soweit gebracht, daß zum Betreten der Ruine eine besondere Erlaubnis nötig ist, die jedoch dem wirklichen Wanderer und Heimatfreund gern gewährt wird. Am Choriner Amtssee besäumen hochstämmige Pappeln die Ufer, auf denen sich zahlreiche Misteln angesiedelt haben. Besonders gut erkennt man diese, wenn die Pappeln laublos sind; dann heben sich die überwinternden, dunkelgrünen, lederartigen Blätter der Misteln von dem fahlen Gezweig ihrer Wirtsbäume scharf ab. Wir folgen dem gegenüber dem Kloster von der Chaussee nach Süden abzweigenden Wege, der bergan in den Wald führt. Er ist mit blauen Beizeichen versehen. Wir sind hier im Gebiet der großen baltischen Endmoräne, die sich von Schleswig-Holstein aus durch ganz Norddeutschland verfolgen läßt. Durch hügeliges Gelände, das von prächtigem Laubwald bedeckt ist, folgen wir dem „blauen Wege“ bis zu einer Brücke über einen kleinen Abzugsgraben.

Das Naturschutzgebiet.

Jenseits der Brücke, beim Jagenstein 89/70, zweigt ein Weg nach Nordost ab und bringt uns an die Grenze des „Naturschutzgebietes am Blagefenn“. Es ist dies das erste größere Gebiet in Preußen, das von der Regierung unter „Naturschutz“ gestellt wurde. An den Grenzen des Reservats sind Tafeln aufgestellt, die darauf hinweisen, daß es bei Strafe verboten ist, Wälder, Büsche, Zweige, Beeren, Pilze, Eier, Nester, Tiere daraus zu entnehmen. Das Naturschutzgebiet ist ein mooriges, von einigen höheren Landstellen inselartig unterbrochenes Gelände, das sich auf der Westseite des ebenfalls unter Naturschutz gestellten Großen Blagefens erstreckt. Das Betreten des Fenns ist fast überall unzulässig oder kann nur unter aller Vorhut und mit geeigneten Hilfsmitteln geschehen. Der Name Blagefenn ist auf einen Ort „Blage“ zurückzuführen, der sich früher in dieser Gegend befunden hat. Auch Blagefenn, Blagewerder und Blageberge deuten noch darauf hin. Dem Kloster Mariensee wurden bei seiner Gründung mehrere Seen und Dörfer, darunter auch Blawe (Blage) verliehen.

1304 wird Blawe nur noch als Ackerhof aufgeführt und ist bereits 1375 wüst. Die Stelle, an der der Ort gelegen war, ist nicht mehr zu ermitteln, ebenso die Ereignisse, durch die er zerstört wurde. Am Rande des Naturschutzgebietes, auf dem „Weg am Blagefenn“, wandern wir gen Nord. An manchen Stellen geht der Weg unmittelbar neben dem Fenn hin, das hier von einer Erlenbruchzone umfaßt wird, an anderen schiebt sich eine Woldzone zwischen Fenn und Weg. Der Lindenberg, um den sich die Grenze des Reservats herumzieht, ist zum größten Teil mit Buchen bestanden. Zwischen den Buchen stehen einige alte Linden; wahrscheinlich waren es ihrer in früheren Zeiten mehr. Ein Beweis dafür, daß einst die jetzt verdrängte Linde hier öfter vorkam, ja,



vielleicht ganze Wälder bildete, ist außer dem Lindenberg das Dorf Biepe, im Süden der Forst, das seinen Namen vom wendischen Biep = Linde hat. Wir folgen dem Wege bis kurz vor einer gleichen Tafel, wie wir sie am Anfang des Weges antrafen. An der Grenze der Jagen 89/90 führt ein schmaler Pfad nach links auf die Blageberge hinauf. Von der Höhe haben wir einen prächtigen Blick über den herrlich geformten Wald. Unter uns liegt das Blagefenn mit dem Großen und dem Kleinen Blagefenn. In der Ferne sehen wir die Häuser von Brodowin und den Ausfluchtort bei Oberberg. In nördlicher Richtung verlassen wir die Blageberge und kommen zur Landstraße nach Brodowin, der wir gen Ost folgen. Am Nordende des Großen Blagefens verlassen wir den Wald. Links vom Wege steigt der Herrscherberg auf, von einer Baumgruppe getrennt. Auf schmalen Adern gelangen wir auf die Höhe des Berges. Sein Name lautet ursprünglich Hirsberg. Von hier oben haben wir eine gute Aussicht nach Norden schauen wir über die luppige Grundmoränenlandschaft der Udermark. Im Vordergrund liegt der Weiße See, östlich davon das Dorf Brodowin. Im Hintergrund sehen wir den ausgedehnten Paarsteiner See, an dessen Ostufer die Kirchtürme mehrerer Dörfer aufragen. In der Ferne hebt sich der Bau der Marienkirche in Angermünde vom Ge-

sichtskreis ab. Den West und Süd gleitet der Blick über das ausgedehnte Choriner Waldgebiet mit dem Naturschutzgebiet.

Die Herbstfärbung des Laubwaldes.

Die Verfärbung des Laubes im Herbst ist die auffallendste Veränderung, die diese Jahreszeit an den Laubpflanzen verursacht. Wir sehen, wie die einzelnen Laubblätter sich verfärben, wie gelbe und braune Flecke sich auf der Blattoberfläche ausbreiten, und das Grün mehr und mehr verdrängen, bis das ganze Blatt gefärbt erscheint. Die wissenschaftliche Forschung hat ergeben, daß diese Verfärbung des Laubes im Herbst mannigfache Ursachen hat. Zum Teil beruht es auf der zersetzenden Wirkung von Säuren auf das Blattgrün. Solange das Blatt lebt, können die in dem Zellsaft der Pflanzen stets enthaltenen Säuren der verdauenden Art auf das Blattgrün nicht einwirken, denn das Einwickeln der Blattzellen, das die Keimen Körnchen des Blattgrüns umgibt, schützt das Blattgrün vor der Einwirkung der Säuren. Vor dem Laubfall im Herbst wird das Einwickeln der Blattzellen widerstandsfähiger; die Säuren des Zellsaftes gelangen jetzt zu dem Blattgrün und zersetzen es, wodurch die Blätter braun gefärbt werden. Eine andere Ursache der Herbstfärbung ist das Abwandern eines Teils des Blattgrüns in die übrigen Teile der Pflanze. Hierdurch bleiben diese für die Erhaltung der Pflanze wichtigen Stoffe erhalten. Die Blätter bekommen dadurch eine gelbe Farbe. Beide Ursachen zusammen verleihen den Blättern die verschiedensten Farbtöne. Da die Verfärbung nicht bei allen Blättern derselben Pflanze in gleichem Maße fortschreitet, und da sie nicht bei allen Pflanzen eines Laubholzes zu gleicher Zeit einsetzt, entstehen die prächtigen abwechslungsreichen Farbenmischungen, die uns der Herbst bietet. Dazwischen stehen Nieren mit dem dunklen Grün ihrer Nadeln. Wir steigen herab vom Herrscherberg und wandern auf dem Wege zurück bis zum Jagenstein 89/100. Von hier gehen wir westlich am Bierpfuhl und dem Schüttenberg vorbei zur Ardenbrücke über den Retteigraben. Jenseits geht es nach Nordwest bis zum Gesteinweg zwischen den Jagen 149/150, diesen eine kurze Strecke, dann wieder nach Nordwest auf einem Fußsteig, der uns an eine gepflasterte Straße bringt. Auch dieser Teil des Waldes ist sehr schön; vorwiegend besteht er aus Nadelbäumen. Auf der gepflasterten Straße wandern wir gen West und Nordwest zum Bahnhofschorin, dem Endziel unserer heutigen Wanderung, von dem wir die Heimfahrt antreten. Weglänge etwa 18 Kilometer.

Kleinhausfiedlung Tempelhofer Feld.

Als vor dem Kriege die Bestände des Tempelhofer Feldes der Bebauung erschlossen werden sollte, dachte man an Ausschloßung zu besseren Mietkasernen. Da für das Gelände vielgeschossige Hochbauten zugelassen wurden, so konnte der Fiskus ohne Erträgen eines gehörigen Preis fordern, und dem Käufer blieb dann auch nur die Befreiung mit Hochbauten übrig. Dem auf weitestgehende Ausnutzung des Geländes berechneten Plan des Fiskus nahm die damals unter Kommerzienrat Haberland existierende Tempelhofer-Feld-Aktiengesellschaft manche Mängel, indem sie einen das Gelände durchziehenden Parkgürtel vor sah und für zusammen liegende Hausgartenflächen innerhalb der Baublocke sorgte. Den Grundbesitzer, die Bebauung mit Villenfamilienhäusern, beseitigte sie aus begreiflichem Profitinteresse nicht, und das von ihr bebauten erste Drittel des Geländes zeigt, was daraus wurde. Dann brach der Krieg aus, alle Bautätigkeit mußte aufhören, schließlich kam der Zusammenbruch. Gelde zur Wiederaufnahme der Bebauung mit kostspieligen Hochbauten waren nach dem Kriege nicht zu beschaffen — und Haberbands Unternehmen war erledigt.

Da entstand der Gedanke, auf den noch unbebauten Geländeteilen, eine Kleinhausfiedlung anzulegen, die Seiten mit bestehenden Erparnissen den Erwerb von Wohnhäusern ermöglichen sollte. Der jetzige Staatssekretär Scheidt vom preussischen Wohlfahrtsministerium, der damals Referent im Reichsarbeitsministerium war, gründete die Gemeinnützige Tempelhofer-Feld-Hausbau-Gesellschaft, deren Aufsichtsrat meist aus Vertretern von Behörden, hauptsächlich des Reichsfinanzministeriums, des preussischen Finanzministeriums und der Stadt Berlin, zusammengesetzt wurde. Die Gesellschaft, deren Anteilseigner der Staat Preußen und die Stadt Berlin sind, baute Häuser und verkaufte sie unter Vorbehalt des Wiederkaufsrechtes mit der Bedingung, daß sie nur den einst vom Käufer gezahlten Preis zurück-

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Jetzt vor einem Jahr — in den ersten Monaten ihrer Ehe war es das große Spiel des Lebens gewesen. Joyce hatte das Tempo angegeben und hielt es mit erstaunlicher Widerstandskraft gegen alle Ermüdungen durch. Bertrams Ideal war Ruhe und Zeit, um einander zu lieben, die Ehe eine Zuflucht vor der Menge gewesen. Sie hatte ihn aber als einen einseitigen Schwachkopf verspottet und ihn in Theater, Tanzclubs und Häuser fremder Leute geschleppt. Sein kleines Haus in der Holland Street füllte sich mit einer seltsamen Kollektion von Leuten, deren Gegenwart oft einen fast giftigen Haß in Bertram aufsteigen ließ — junge Stabsoffiziere, die noch immer in Whitehall herumstolzten, obgleich der Krieg doch nun endlich zu Ende war; junge Geistliche, ehemalige Frontkaplane; Flieger, die ihre Flügel zum ersten Male geraume Zeit nach dem Waffenstillstand erhoben hatten; junge Mädchen, die mit einer Menge Armeestang und einer Vorliebe für billige Zigaretten aus den Kantinen von Etaples, Rouen und Köln zurückströmten. Alle wußten mit dem Frieden nichts anzufangen, alle hatten die unablässige Sehnsucht nach vergangenen besseren Zeiten und alle hatten die reichlich fragwürdige Gewohnheit, in gemischter Gesellschaft erotische Probleme mit vollkommener Abwesenheit auch nur der geringsten Zurückhaltung zur Sprache zu bringen. Sie waren zu allen Tageszeiten in seinem Hause ein- und ausgegangen, kamen sogar schon zum Frühstück, wo Joyce sich dann in einem ihrer vielen Morgengewänder aus futuristischer Seide zu ihnen gesellte. Joyce, die dann wie ein schläfriger Knabe, der in einem überhöhten Raum bis zum frühen Morgen getanzt hatte, ausfas.

Er hatte sich mit ihr deswegen gezannt. Es war ihr erster Streit. „Es gehört sich nicht, und außerdem hasse ichs,“ hatte er gesagt, als sie einen der vielen Armeegeistlichen, die sie kannte, so beim Frühstück empfing. Er hieß Peter Hyde und war ein junger, gut aussehender, eingebildeter Esel, der übertrieben ordnungsfroh näselte und außerdem etwas stotterte und sich einer affektierten Geziertheit befleißigte. Er hatte die Unverschämtheit gehabt, Joyce die Hand zu küssen und einige Bemerkungen über ihre kleinen Füße zu machen, ohne Bertrams heißes Erröten und brummige Unliebendigkeit zu bemerken.

Joyce schien nicht einmal für die Intimität ihres Schlafzimmers Sinn zu haben. Dies war der Grund zu einem

zweiten Streit gewesen. Eines Nachmittags, als Bertram von einem kurzen Spaziergang zurückkam, kam er hinzu, wie Joyce, die über Kopfschmerzen geklagt hatte, zwei jungen Offizieren, drei Mädchen und Kenneth Murtek vom Auswärtigen Amt dort Audienz erteilte. Diesem Murtek, — den er mehr als ihre anderen Freunde haßte, denn er war zu schön für diese Welt. Einer jener hochgewachsenen Burschen mit lockigem Haar, der eher einem griechischen Gott als einem gewöhnlichen Sterblichen ähnelte, und zudem noch in allen gesellschaftlichen Ansaufichtigkeiten glänzte. Er sah auf einem Schemel vor Joyces Bett und fütterte sie mit Erdbeeren und Sahne und erzählte dabei zu dem anerkennenden Gelächter der ganzen Gesellschaft und Joyces freundlichem Lächeln eine amüsante Geschichte aus seinem Leben, als er noch junger Diplomat im Haage war.

Bertram hatte sich jenen Nachmittag recht zum Narren gemacht. Jetzt in der Erinnerung sah er es mit einem Seufzer der Zerknirschung selbst ein. Der reine Petrus aus „Der Widerspenstigen Zähmung“.

„Ich wünsche zu Gott, daß ihr Leute endlich macht, daß ihr aus dem Zimmer meiner Frau kommt,“ hatte er heftig hervorgepoltert. „Seht ihr denn nicht, daß sie Kopfschmerzen hat, und daß ihr es mit eurem Geschwätz nur verschlimmert?“

Der zweite Teil seiner Rede war erlogen. Nicht wegen Joyces Kopfschmerzen, die sie vollkommen vergessen zu haben schien, geriet er in Wut, sondern seine Eifersucht empörte sich gegen diese öffentliche Besitzergreifung von Joyces Schlafzimmer.

Natürlich gedachte sie nicht, seinen Ausbruch sanft hinzunehmen. „Mein lieber Bertram,“ hatte sie in ihrer spöttischen Art und Weise gesagt, „wenn du dich diesen Nachmittag nicht wie ein Gentleman fühlst, geh doch ein bißchen spazieren, bis du es tust. Bitte unterbrich aber auf keinen Fall Kenneths hübsche Erzählung.“

Kenneth und die übrigen amüsierten sich königlich. Bertrams Wunsch, sie herauszuwerfen, erschien ihnen als ein köstlicher Spaß. Er war es ja, der hinausgeworfen wurde und später, als sie schon gegangen waren, in fürchterlichster Laune nach Hause kam und Dinge zu Joyce sagte, für die er sich jetzt hätte die Zunge abbeißen können. Sie war auf seine beleidigenden Ausbrüche nicht eingegangen, sondern sagte nur mit einem kühlen und sarkastischen Lächeln:

„Mein lieber Bertram, du willst doch nicht etwa annehmen, daß dir unsere Verheiratung das Vorrecht der Tyrannie gegeben hat? Das ist unmodern, mein Lieber! Meine Liebe zu dir berechtigt dich noch lange nicht dazu, meine Freunde zu beleidigen. Warum du eifersüchtig wirst und auf-

geregt, wenn ich sie in meinem Schlafzimmer empfangen — sieh doch nur meinen Schlafanzug und all die schweren Steppdecken — kann ich leider nicht verstehen. Wie du engherzig und vorstädtisch bist! Auf jeden Fall wahre aber in Zukunft bitte besser die Form... Bei meinen Freunden benimmt man sich nicht so.“

„Bei deinen Freunden!“ hatte Bertram bitter wiederholt. „Ich wünschte, deine Freunde würden sämtlich hingehen und sich ertränken. Ich will dich allein haben, allein und für mich. Du läßt diese Laffen in dein Schlafzimmer kommen, dir die Hände von ihnen küssen, aber wenn ich irgendein Gefühl für dich zu zeigen wage, schreist du vor mir zurück. Wenn ich dich küssen will — ich will dich immer küssen — sagst du, ich sei zu ekelhaft gefühlsduelig.“

„Das bist du aber wirklich, Bertram,“ hatte Joyce zurückgegeben. „Ich kann nun einmal nicht so viel davon vertragen. Es langweilt mich. Eine interessante Unterhaltung, Lachen, Kameradschaft, das alles ist mir viel lieber. Habe ich denn damit unrecht?“

„Die Ehe bedeutet mehr als das!“ sagte er düster. Und dann begann er sich wegen seiner Unfreundlichkeit aufs tiefste zu entschuldigen, hatte sich neben ihr Bett hingeknetet, so daß sie ihm endlich verzieh und mit spielerischen Fingern in seinem Haar wühlte. Aber es hatte noch mehr Szenen gegeben, immer wieder und wieder, und schlimmere als diese.

Er hatte Nerven, er wußte das. Er war durch den Krieg überreizt. Er konnte über Kleinigkeiten außer sich geraten, über einen verlorenen Kragnenknopf, über nachlässige Bedienung, über das unaufhörliche Telephongeklingeln, über Joyces Freunde, die irgendeinen neuen „Bummel“ vorschlugen. Ein geheimer Kampf spielte sich in seinem Gehirn ab, fing an, seine früheren Ueberzeugungen zu zersetzen, zerstörte Hemmungen und Schranken, alte Treugelübde der Ueberlieferung. Wenn er nur etwas zu tun gehabt hätte, wäre alles leichter für ihn gewesen, aber in England gab es zwei Millionen Arbeitslose und Tausende von Exoffizieren liefen sich genau wie er die Schuhsohlen ab, um etwas zu finden, womit sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen konnten.

Joyce war verzweifelt gewesen, als sie spürte, daß sie ein Kind haben würde. Die ganze Färllichkeit, die ihn bei dieser Neuigkeit überkommen hatte, konnte sie nicht mit dem Gedanken versöhnen, obgleich sie die Frucht, die in ihr war, tapfer verbergte. Letzten Endes war die ihr aufgezwungene Schwerbeweglichkeit dasjenige, was sie am meisten schmerzte; dies und der zeitweilige Verlust ihrer Schönheit. „Nicht mehr tanzen,“ hatte sie geweint, „keine Planiés in Hendon. O Bertram, wie entsetzlich langweilig.“ (Fortsetzung folgt.)

zugelassen braucht, damit jeder Spekulation vorgebeugt ist. Im Jahre 1920 begann sie zu bauen und sie stellte damals zunächst 150 Häuser fertig, heute aber ist die Zahl der fertigen Häuser bereits auf 600 gestiegen, wovon 500 verkauft sind und 100 demnächst verkauft werden sollen. Weitere 250 Häuser sind im Bau und das Gelände bietet Platz für noch 1200 Häuser, so daß hier im ganzen über 2000 Kleinwohnungen hergestellt werden können.

Was bereits errichtet worden ist, wollten gestern das Wohlfahrtsministerium und der Aufsichtsrat bei einer Besichtigung zeigen, zu der sie Mitglieder des Landtages, der Stadtoverwaltung Berlin und der Bezirksverwaltung Tempelhof eingeladen hatten. Unter den Erscheinenden, die der Wohlfahrtsminister Hirtzinger mit einer auf die staatliche Wohnungspolitik hinweisenden Ansprache begrüßte, waren Oberpräsident Meier, Abgeordneter Silberstein und mehrere Landtagsmitglieder, Städtebaudirektor Eickart, Stadträte Wuhly und Adier, Mitglieder der Berliner Stadtoverordnetenversammlung und der Tempelhofer Bezirksversammlung. Staatssekretär Scheidt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, nach dem ein Platz in der Siedlung benannt werden soll, schilderte die Entstehung der gemeinnützigen Gesellschaft und ihre bisherige Arbeit. Dann folgte ein Rundgang durch die Kleinhaus-Siedlung, die zu den größten bisher in Deutschland ausgeführten gehört. Die Bauentwürfe sind von Baurat Bräuning angefertigt, die Bauausführung ist leiste der Berliner Bauvereinsgesellschaft, teils der Sozialen Bauhilfe übertragen worden. Geschäftsführer ist Bürgermeister a. D. Wiesener. Die Siedlung hat keine Wohnungen zu drei Zimmern, große zu fünf Zimmern, ganz große zu sechs Zimmern, dazu einen neuen Typ von vier Zimmern, immer mit Nebenräumen (auch Bad) und Gärten von 180 bis 200 Quadratmeter Größe. Die Baukosten belaufen sich jetzt bei drei Zimmern auf 13 000 bis 15 000 M., bei vier Zimmern auf 17 000 M., bei fünf Zimmern auf 20 000 M., bei sechs Zimmern auf 26 000 M. Ein Teil der Baukosten wird durch eine Hypothek aus den Erträgen der Hauszinssteuer und durch eine von der Gesellschaft beschaffte Hypothek gedeckt, den Rest muß der Käufer selber beschaffen, bei drei Zimmern 3000 bis 5000 M., bei vier Zimmern 6000 M., bei fünf Zimmern 9000 M., bei sechs Zimmern 13 000 M.

Die Bewohner der Siedlung gehören allen Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung an, doch überwiegend Beamte und Angestellte. Oft ist durch Vorleben von Behörden und Arbeitgebern den Siedlern die Beschaffung des Kostenvoranschlags und damit der Erwerb des Hauses erleichtert worden.

Die Vorgänge im Internat des Dr. v. Lüchow. Sofaltermin in Jossen.

In Verfolg der gerichtlichen Untersuchung, die gegen den Internatist Dr. Freiherrn v. Lüchow in Jossen wegen angeblich unzüchtiger Mißhandlungen mehrerer der ihm anvertrauten Knaben eingeleitet worden war, fand am Freitag in dem Jossener Erziehungsheim ein Sofaltermin statt, zu dem der Untersuchungsrichter beim Landgericht I, Landgerichtsrat C. Belt und Staatsanwaltschaftsrat Burzelt, ferner die Verteidiger des Freiherrn v. Lüchow, die Rechtsanwältin Dr. Frey und Ballenthin, sowie der Rechtsbeistand des als Nebenkläger zugelassenen Fleischermeisters Raschke, Rechtsanwalt Gollnitz, erschienen waren. Als Sachverständiger war Medizinalrat Dr. Sidmer hinzugezogen, sowie ferner Kriminalkommissar Strewe vom Berliner Polizeipräsidium, der seinerzeit die ersten Ermittlungen gegen Lüchow geleitet hatte. Alle Beteiligten unternahmen einen Rundgang durch die Räumlichkeiten der Lüchow'schen Anstalt. Zunächst wurde das Arbeitszimmer des Direktors in Augenschein genommen, in dem wiederholt die über das erlaubte Maß hinausgehenden Züchtigungen vorgenommen sein sollten. Weiter wurden die Schlafräume, das Speisezimmer, die Schafställe und das Badzimmer besichtigt, in welchem letzterem ebenfalls auf einer Prügel-Richtbank von Schülern erfolgt sein sollte. Auf Grund der verschiedenen Auslagen der bisher vernommenen Zeugen der Anstalt wurden dann Hörproben vorgenommen, um festzustellen, ob die Schreie der mißhandelten Kinder tatsächlich von den betreffenden Zeugen in anderen Räumen gehört werden konnten. Es wurde dann noch unter Leitung des Kriminalkommissars Strewe eine eingehende Hausdurchsuchung in sämtlichen Räumlichkeiten der Anstalt vorgenommen, die sich insbesondere auf das etwaige Vorhandensein gewisser unzüchtiger Schriften bezog, aber anscheinend negativ verlief. In den Mittagsstunden wurde der Sofaltermin geschlossen und im Anschluß daran eine eingehende Vernehmung derjenigen Schüler vorgenommen, die gegen Dr. v. Lüchow Befragungsmaterial vorgebracht hatten.

Ein Antimilitarist vor Gericht.

Der Schriftsteller Ernst Friedrich veröffentlichte in der Zeitschrift "Die Jugend" einen Aufsatz betitelt: "Was sagt Du, Soldat?" und einen anderen Aufsatz: "Menschen a. D. Betrachtungen über Menschen, Soldaten und Angehörige". Aus diesen Aufsätzen spricht eine radikal-antimilitaristische Gesinnung. In einer vorangegangenen Verhandlung hatte derselbe Vorlesende den Angeklagten zu sofort vollstreckter Strafe von 3 Tagen Haft wegen Ungehörigkeit vor Gericht verurteilt. Der Angeklagte lehnte daher den Vorlesenden wegen Befangenheit ab, indem er ihm "brutalen Wangel an Anpassungsvermögen" zum Vorwurf machte. Ferner weigerte sich Ernst Friedrich mit Hinweis auf die gerichtliche Behandlung von notorischen Hochverrätern wie Hitler u. a. in der Anklagebank Platz zu nehmen. Seine Weigerung und der Ablehnungsantrag wegen Befangenheit hatten nur den Erfolg, daß die Verhandlung um ganze 6 Stunden verzögert wurde.

Bei Eintritt in die Verhandlung lehnte daher der Angeklagte ab, sich zu verteidigen, zumal er sich zu seinen Schriften bekannte und der Meinung Ausdruck gab, daß ein bürgerlicher Gerichtshof seiner anarchisierenden Weltanschauung niemals gerecht werden kann. Der Staatsanwalt hielt dem Angeklagten seinen Idealismus und sein offenes Eintreten zu seiner Tat als strafwürdig genug, beantragte aber dennoch eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, weil durch solche Schriften die Autorität des Staates untergraben wird. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis und Vernichtung der Platten. Ferner sprach es dem Reichswehrminister das Recht zu, das Urteil im "Vorwärts", im "Freien Menschen" und in der "Freien Jugend" auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

Ermäßigung der Postanweisungs- und Postschekgebühren.

Die Post hat mit Wirkung vom 1. November an die Gebühren des Geldverkehrs ermäßigt. Für Postanweisungen ist wieder ein Meißbetrag festgesetzt worden, und zwar 1000 M. Die neuen Postanweisungsgebühren betragen bis 25 M. 20 Pf., bis 100 M. 40 Pf., bis 250 M. 60 Pf., bis 500 M. 80 Pf., bis 750 M. 120 Pf., bis 1000 M. 160 Pf. Im Postscheckverkehr betragen die neuen Gebühren für Einzahlungen mit Zahlfarte bis 25 M. 10 Pf., bis 100 M. 20 Pf., bis 250 M. 30 Pf., bis 500 M. 40 Pf., bis 750 M. 60 Pf.,

bis 1000 M. 80 Pf. und bei Beträgen von mehr als 1000 M. (unbeschränkt) 1 M. Die feste Gebühr für Vorauszahlungen im Postscheckverkehr ist von 20 auf 15 Pf. ermäßigt worden. Damit wird die im jetzigen Tarif bestehende Unstimmigkeit beseitigt, daß im Postscheckverkehr Vorauszahlungen über Beträge bis 25 M. um einige Pfennige teurer sind als bei Verwendung mit Postanweisung.

Eine „Schule des Verkehrs“.

Der Schulunterricht im Dienste der Unfallverhütung.

Der Straßenverkehr Berlins wird immer stärker und seine Gefahren nehmen zu. Um so mehr ist es nötig, daß die Bevölkerung durch Selbstzucht den Unfällen möglichst vorgebeugt. Die Verkehrspolizei verspricht sich viel von einer Mitwirkung der Schule, die den Kindern manche Belehrung über ihr Verhalten im Straßenverkehr geben könnte. Es scheint auch, daß die Lehrerschaft, die früher solche Erweiterungen des Aufgabensfeldes der Schule abzulehnen pflegte, jetzt mehr zur Mitarbeit geneigt ist. Gestern ist eine Reihe von Vorträgen, in denen diese Frage von einem Vertreter der Verkehrspolizei vor Lehrern aller Schularten erörtert werden soll. Polizeimeister Senffert, der im Auftrage des Polizeipräsidiums einige Großstädte Amerikas zum Studium der dortigen Verkehrsverhältnisse besucht hat, hielt gestern im Friedrichswerderschen Gymnasium in Moabit den ersten Vortrag. In Lichtbildern zeigte er, wie durch Anschauungsmittel aller Art die Belehrung über Verkehrsregeln unterstützt und das Kind zu richtigem Verhalten erogen werden kann. Er empfiehlt, daß die Schule möglichst jeden zu ihrer Kenntnis gelangenden Unfall mit den Kindern bespricht und die Ursache klarzulegen sucht. Immer müsse in der Belehrung wie in den Anschauungsbildern auf falsches Verhalten hingewiesen und das richtige Verhalten daneben gestellt werden. Auch sei den Kindern begrifflich zu machen, daß der Fußgänger dieselbe Rücksicht auf den Wagenverkehr wie der Wagenführer auf den Fußgänger zu nehmen hat, weil eine glatte Entwicklung des Wagenverkehrs schließlich doch dem Wohl der Gesamtheit dient. Die Schule müsse durch ihre Unterweisung mit dazu beitragen, daß die Jugend die Bedürfnisse des Verkehrs richtig würdigen lernt und mit seinen Gefahren fertig zu werden weiß. Den Vortrag hörte auch Oberst Kaupisch, der Kommandeur der Schulpolizei, mit an. Es folgten dann die Vorführung eines Straßenbahnfilms, den der Straßenbahningenieur Tramm entworfen und der "Deutscher" angefertigt hat. Er bezweckt erste Belehrung darüber, was die Straßenbahn zur Verhütung von Unfällen tut und wie Fahrgäste und Fußgänger ihnen vorbeugen können. Die Verlebrtheit des Verkehrs mancher Fahrgäste und Fußgänger wirkt in diesem sonst sehr ersten Film oft geradezu erheiternd.

Das verbrannte Getreide.

Das ist kein Scherz, sondern eine Tatsache, die man nur als einen Skandal bezeichnen kann. Seit Wochen konnte man auf einem Roggenfeld von mehreren Morgen des Rittergutes Brih Korn in Garben stehen sehen. Jeder der dort vorüberkam, insbesondere die Besucher des Krankenhauses Budow, wunderten sich, daß das Getreide nicht abgefahren wurde. Der Sommer war leicht, gewiß, aber was geschah, wenn nach Regenlagen schönes Wetter war? Da wurde das Getreide gewendet, damit es trockne. War es dann trocken, dachte niemand daran, es einzufahren. Es war vergessen, bis es wieder einige Tage regnete. So wiederholte sich dieses Schauspiel bis es natürlich schwarz wurde. Vorgefunden wurde es verbrannt. Wen trifft die Schuld, daß hier erhebliche Mengen von Roggen der Vernichtung anheimfielen? Wehe dem Armen, der auch nur eine Garbe vom Felde geholt hätte und dabei erwischt worden wäre! Unvorsichtlich hätte die Unterverwaltung Strafantrag gestellt. Sie läßt das Getreide verkaufen, ehe sie auch nur einen Haalm an die arme Bevölkerung abgibt! Wie sagte doch Graf Westarp: "Das Volk hungert bei vollen Scheuern!" Ja, das stimmt, es hungert nicht nur, es muß sogar zusehen, wie Getreide verkauft und zuletzt verbrannt wird, weil es verfaulen in übervollen Scheuern keinen Platz mehr fand.

Eindbruch auf Untwegen.

Ein großer Eindbruch wurde nachts in der Artilleriestraße verübt. Die unbekanntem Täter hatten es hier auf ein Zigarrengeschäft abgesehen, waren aber mit der Vertiktheit nicht genügend bekannt. So gelangten sie, als sie von Keller aus durch die Decke brachen, in einen Papierladen. Ihren Fortzug gewahrend, brangen sie jetzt nach dem Hauflur vor und von diesem aus durch eine mit schwerem Eisenblech beschlagene Tür, die sie regelrecht "aufknabberten", in das Zigarrengeschäft ein. Es müssen Kenner gewesen sein, denn sie nahmen die besten Zigaretten und von den Zigaretten nur solche zu 8, 10 und 15 Pf. das Stück. Die Beute, die im ganzen 6000 M. wert ist, schafften sie in Säcken weg. Der bestohlene Geschäftsmann hat infolgedessen ungewöhnliches Glück gehabt, als er gerade gestern vormittag eine angemessene Versicherung gegen Einbruchdiebstahl abgeschlossen hatte. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Braschwig im Polizeipräsidium.

Kaufstaus-Ausstellung. In den Räumen der Buchhandlung Dieck (früher Vormwärts-Buchhandlung) in der Lindenstr. 2 ist anlässlich des 70. Geburtstags Kaufstaus eine Ausstellung seiner bedeutendsten Schriften sowie der jetzt erschienenen Festschriften eingerichtet worden. Aus dem geschmackvoll decorierten Schaufenster grüßt das freundliche Antlitz Kaufstaus, das von der Fülle seiner Schriften umrahmt ist. Der Besuch der Ausstellung sei allen Parteigenossen empfohlen.

Film „Schmiede“. Morgen, Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr. Aufführung im Sobotniktheater (Sobotnik-Film) für den neuen Film „Schmiede“. Zur Aufnahme sind Männer und Frauen willkommen.

Das Rundfunkprogramm.

Sonntag, den 18. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6.30 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). Während der Pausen: "Ratschläge fürs Haus". 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Major a. D. Geyer vom Reichsverkehrsministerium: "Flugsport". 8.30 Uhr abends: Funkkabarett. 1. Vorgespräch (Heide Sachs). 2. Erinnerung, Liebeslied, Trinklied (Henk Bronsgoest). 3. Das grüne Teepüppchen, Biedermeier. Wenn oens reich is, Det biken Menschenglück, Musikspiche (Heide Sachs). 4. Trost, In den Gassen Berlins, Java — Parodie (Henk Bronsgoest). 5. Kindermund, Die moderne alte Wachsrau. Is immer schon enner dajewesen, Zwangseinquartierung, Reislied (Heide Sachs). 6. Spitzkleid, Tomatenlied, Annetchen-Babettochen, Radio-Punklied, Musik von Gerhard Schreiber (Henk Bronsgoest). 7. Im Park von Sanssouci, Evos, Der falsche Knopp, Berliner Verkehr. Det hab ick mir anders jedacht (Heide Sachs). Am Schwächten-Flügel: Gerhard Schreiber. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorbericht. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend. Morgen, Sonntag, den 19. Oktober, werden folgende Besichtigungen der Betriebsanlagen in Lichtenberg stattfinden: Vorm. 8 1/2 Uhr für die Abgabestellen 29, 30, 31, 47, 84, 123, 133, 139, 140 und 152 (9. Abteilung); vorm. 9 1/2 Uhr für die Abgabestellen 6, 42, 106, 108, 109, 111, 112 und 155 (2. Abteilung); vorm. 10 1/2 Uhr für die Abgabestellen 71, 72, 73, 74, 75, 76, 70, 101, 129, 162, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173 (11. und 19. Abteilung); vorm. 11 1/2 Uhr für die Abgabestellen 61, 62, 63, 64, 70, 115, 128 und 145 (17. Abteilung). Alle Freunde und Gönner der Genossenschaft sind hierzu herzlich eingeladen! Da der Andrang am letzten Sonntag sehr groß war, bitten wir die Mitglieder dringend, die Zeiteinteilung zu beachten.

Segeßläge in Berlin. Nachdem die neue „Arbeitsgemeinschaft für motorischen Flug" bereits zwei Schulfahrten in der Rhön und in Rhinow abgehalten hat, beabsichtigt sie nun, auch in Berlin den dritten Schulfahrtzug zu veranstalten. Als Fluglande sind die an der Müllerstraße gelegenen Reheberge in Aussicht genommen. Unterhandlungen mit dem Deutschen Luftrot, als oberste deutsche Sportbehörde, der Polizeibehörde und dem Magistrat der Stadt Berlin sind bereits im Gange.

Zur Theateraufführung „Madame Legros“ von Heinrich Mann am Sonntag, den 19. Oktober, nachm. 8 Uhr, in der Großen Ball- oder Theater des Westens, Kunststraße, sind noch Einzelkarten zum Preise von 50 Pf. im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Trp. und am Sonntag im Theater zu haben. Bis 7 1/2 Uhr müssen die Plätze gelöst sein.

Neue Schulgemeinde Cherlousburg. Montag, 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der 22. Gemeindefschule, Bismarckstr. 34: Abends. Gezeigt werden die Filme: 1. Die Schule des Kindes; 2. Die Schulfarm Cherlousburg; 3. Die Montessori-Schule und 4. 34 Jahr in die Welt. Der Untertitelbeitrag beträgt 50 Pf.

Eine folgenschwere Explosion.

Die „Times“ berichtet aus Glasgow, daß bei einer Explosion, die sich in Greenock ereignete, habe, über 40 Personen verletzt worden seien. Als einige Sauerstoffzylinder ausgelassen wurden, fiel einer von ihnen auf den Boden und explodierte. Diese Explosion brachte auch die übrigen Zylinder nacheinander zur Entzündung. Die fürchterlichen Explosionen lösten die ganze Stadt in großen Schrecken. In einem vollbesetzten Straßenbahnwagen wurden alle Fenster Scheiben zertrümmert. Er geriet sofort in Brand. Fast alle Fahrgäste wurden mehr oder weniger ernst verletzt. „Daily Express“ berichtet, daß einige der Verletzten in Lebensgefahr schweben. 30 Familien sind durch die Explosion wohnungslos geworden, da ihre Häuser zerstört wurden. Die Explosion wurde in einem Umkreise von acht Meilen gehört.

Aufdeckung eines schweren Verbrechens. Der Schupo-Wachmeister Hegner wurde seit dem Abtransport des Kommandos aus Lauterberg im Harz nach Eindele bemerkt. In der Nähe der alten Lohmühle wurde jetzt das blutbesiedelte Tagebuch des Vermissten, das sein amtliches Lichtbild enthielt, von einem Arbeiter gefunden. Bald darauf wurde der vermehrte Wachmeister in einem Aeschausen am Wiesenbender Teich tot aufgefunden. Das blutbesiedelte Tagebuch hat die Spur zu der Leiche finden lassen. Näheres ist noch nicht bekannt. Einige Verhaftungen sind vorgenommen worden. Eine Meldung der „Correspondenz“ will merkwürdigerweise wissen, daß Mitglieder des „Stahlhelm“ zu den Nachforschungen herangezogen worden sind.

Zum Tode verurteilt. Das hogenere Schwurgericht verurteilte Dienstag nach 14stündiger Sitzung den 27jährigen Scheißer Otto Sinn aus Meinhagen, der in der Nacht zum 29. Juni d. J. seinen Freund, einen 19jährigen Schuhmachergesellen, ermordet und beraubt hatte, zum Tode.

Die Voruntersuchung im Falle Haarmann ist beendet. Die Akten befinden sich jetzt bei der Staatsanwaltschaft, welche in kürzester Frist die Anklage auf mehrfachen Mord erheben wird. Als Verteidiger Haarmanns ist Justizrat Benjen, Hannover, bestellt worden, nachdem Rechtsanwalt Barlowitz auf seinen Antrag von der Verteidigung entbunden wurde.

Jugendveranstaltungen.

Königs, Theaterabende! Morgen, Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Vorstellung „Madame Legros“ in der Großen Ball- oder Theater des Westens, Kunststraße, sind noch Einzelkarten zum Preise von 50 Pf. im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, und im Theater zu haben.

heute, Sonnabend, den 18. Oktober:

Offen (Stralauer Viertel): Fahrt Riesenbaum. Treffpunkt heute nachmittags 4 1/2 Uhr im Sobotnik-Film. — **Sandow:** Der Rechenband muß wegen technischer Schwierigkeiten auf den 1. November verschoben werden.

Abend (Stralauer Viertel): Abends 7 Uhr in der Aula der Schule „Mensch, 17 Schulfahrtgenossen. Musik, Ansprache, Resolutionen, Jugendlied.

Abend (Stralauer Viertel): In der Schule Rindstraße Schulfahrtgenossen. Musik, Ansprache, Resolutionen, Ueber zur Danks, Sanktions-Spiele, Schattenspiele. Eintritt 30 Pf. — **Schulische Abteilungen** des Reichsbundes Oberpreußen beschäftigen sich an der Front. — Die Reichsbundtagung trifft sich in der Aula.

Abteilung Reichsbundtagung: Abends 7 Uhr im Clublokal „Strandweiser“, 5. Sobotnikstr., Preußen, Preußen, Krieger- und Gedenkfeierliche, Resolutionen, Vorträge, Vorträge usw. Eintritt 30 Pf.

Morgen, Sonntag, den 19. Oktober:

Mittags: Besuch des Museums für Völkerkunde. Treffpunkt 1 1/2 Uhr Bahnhof. — **Kellnersberg:** Museumbesuch. Treffpunkt 3 1/2 Uhr Bahnhof. — **Gesundbrunnen:** Besuch des Botanischen Gartens. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — **Steglich:** Besuch des Naturhistorischen Museums. Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof. — **Steglich II:** Fahrt nach Seelitz. Treffpunkt 10 1/2 Uhr Bahnhof Steglitz. — **Wedding:** Wanderung Birkenwerder-Seele. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Wedding. — **Reinickendorf:** Schulfahrtgenossen. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Reinickendorf.

Offen (Petersburger Viertel): Jugendforum „Eberbach“, 12. Cinnend 3. Hof. Abends 6 Uhr Einführungsabend mit besonderem Programm.

Briefkasten der Redaktion.

R. 3 in 2. Die Darstellungen des Rundfunks werden durch private Gendarmenkontrollen behindert. Die Sendestationen sind logischer Eigentum der Reichspostverwaltung. 2 R. monatlich werden für die Anstalten (Gendarmenkontrollen) an die Sonntags für Anstalten, Verteilungen) erhoben. Auch ausländische Rundfunkstationen geben nach Schluß ihrer Sendungen die Nationalhymnen des betreffenden Landes. Es besteht keine Aussicht, daß hierin eine Änderung eintritt.

Wetter für Berlin und Umgegend. Kühl und überwiegend wolfig, meist trocken, Windrichtung aus Nordwest. — Für Deutschland: Im nördlichen Rückengebiet leichte Regenschauer, sonst noch größtenteils trocken.

MAGGI'S Fleischbrühwürfel
In Qualität einzig!

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

9. April 1,11	18. Juni 1,12	3. September 1,15
23. 1,13	25. 1,11	10. 1,16
30. 1,14	2. Juli 1,17	24. 1,11
7. Mai 1,15	9. 1,19	24. 1,19
14. 1,16	16. Juli 1,15	1. Oktober 1,21
21. 1,15	23. 1,16	8. 1,21
28. 1,13	30. Juli 1,14	15. 1,23

Steigerung gegen die Vorwoche 1,7 Proz.

Die Lebenshaltungskosten sind nach den Messungen des Statistischen Reichsamts erneut um 1,7 Proz., seit Monatsanfang sogar um 3,4 Proz. gestiegen. Grund: Steigerung der Ernährungs-kosten.

Es ist bekannt, daß der Reichsindex die Teuerung nur in überaus unzulänglicher Weise wiedergibt. Warum das gerade heute der Fall ist, wird noch näher zu beleuchten sein. Borerst sei nur die Tatsache verzeichnet. Sie hat zur Folge, daß — hauptsächlich infolge der verfehlten Ernährungspolitik — Lohnforderungen notwendig werden, wenn nicht die Kaufkraft des Arbeitsverdienstes wesentlich geschmälert werden soll.

Konkurse in der Versicherungsbranche.

Die aufsteigende Entwicklung der auf Goldbasis umgestellten Versicherungsunternehmungen wird durch schwere Rückschläge beeinträchtigt. In den letzten Tagen sind einige Konkurse bekannt geworden, von denen derjenige des Rhau-Konzerns der bedeutsamste ist. Das Geschäft in der Versicherungsbranche ließ sich in den letzten Monaten gut an, neben den auf Gold umgestellten alten Versicherungsverträgen konnten viele neue abgeschlossen werden. Wohl hatte die Stabilisierung unter den in der Inflationszeit wie Pilze aus der Erde geschossenen Versicherungsgesellschaften sehr stark aufgeräumt, dennoch war die Konkurrenz noch groß. Diese äußerte sich in einer nie gekannten Prämienfleuderei. Doch ein solcher Kampf Opfer bringen muß, kann nicht Wunder nehmen. Der Rhau-Konzern war unter den Prämienkämpfern einer der strupellosesten. Er suchte unter allen Umständen durch eine geschickte Reklame ins Geschäft zu kommen. Nunmehr hat ihn das Schicksal ereilt.

Der Rhau-Versicherungs-Konzern war eine Blüte der Inflation. Der Schöpfer, der frühere Generalagent Dr. Rhau, türmte in rascher Folge Gesellschaft über Gesellschaft. Auch nach dem valutastarken Ausfall dieser Konzern über. In Amerika war sogar eine Rückversicherungsgesellschaft geplant. Als Spitzenorganisation fungierte die Dr. Rhau & Co. A. G. in München. Dem Konzern gehörten weiter folgende Gesellschaften an: Motor-Union-Versicherungs-A. G., München; Reford Feuer-Versicherungs-A. G., München; „Omnia“ Trans-

portversicherungs-A. G., München und die „Monachia“ Mt. und Rückversicherungs-A. G., München. Als Finanzinstitut war die Rhaubank A. G. in München errichtet. Eine Arbeitsgemeinschaft bestand mit der Elberfelder-Münchener Versicherungs-A. G. in Elberfeld. Im Ausland wurden die R. B. Assurantie Compagnie Nordsee in Amsterdam und die „Atlantica“ Versicherungs-A. G. in Zürich ins Leben gerufen. Der Aufbau des Konzerns ließ an Großzügigkeit nichts zu wünschen übrig. Nur fehlte der finanzielle Unterbau, das wurde zum Verhängnis.

Da der Rhau-Konzern einen ziemlich Kundenkreis um sich scharen konnte, ist das Ausmaß der Verluste noch nicht zu übersehen. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat die Konkurse der Motor-Union A. G. und der Reford Feuerversicherungs A. G. bereits genehmigt. Ob alle Gesellschaften des Konzerns mit in die Tiefe gerissen werden, steht im Augenblick noch nicht fest.

Die früher im Auslande stark engagierten deutschen Versicherungsgesellschaften hatten infolge des Währungsverfalls starke Einbußen erlitten. Es bedurfte langer Verhandlungen, die teilweise von Regierung zu Regierung geführt wurden, um die Ansprüche ausländischer Versicherungsnehmer auf ein tragbares Maß zu beschränken. Das Auslandsgeschäft ist aber eine unbedingte Notwendigkeit. Das nur mühsam wieder herbeigeführte Vertrauen erhält durch diesen Zusammenbruch einen harten Stoß. Hinzu kommt, daß in diesen Tagen der Konkurs der holländischen Filiale des Rhau-Konzerns bekannt wurde. Der bekannte Rhau-Konzern selbst blieb von diesem Zusammenbruch, der durch die Besonderheit der Auslandsfiliale infolge ihrer Valutaverpflichtungen herbeigeführt war und überdies mit einem Vergleich endete, unberührt.

Der erste gewaltige Versicherungssturz in dem Gebiete der Privatversicherung ist sichtbar geworden — ein Menetekel für alle übrigen Gesellschaften, Vorsicht walten zu lassen. Für alle Geschäfts- und Privatkreise mag der Zusammenbruch des Rhau-Konzerns als Warnung dienen, Ersparnisrücksichten dürfen beim Eingehen einer Versicherung nicht am Platze sein. Nicht diejenigen sind die Besten, die sich in den Prämien unterbieten und allerhand Vermögenswerte vortäuschen. Als am sichersten dürften noch die alten Versicherungsunternehmungen gelten, denen die für die Arbeiterschaft besonders wichtigen genossenschaftlichen Versicherungen (Volkssicherung) zuzurechnen sind.

Staub der Geschäftsaufsichten. Nach den fortlaufenden Listen des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels ist die Zahl der seit Mai d. S. unter Geschäftsaufsicht gestellten deutschen Firmen bis zum 1. Oktober auf insgesamt 3380 (gegenüber 3114 am 1. September) gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme von 275 bekanntgemachten Geschäftsaufsichten im Monat September (gegenüber 532 im August). Von diesen Geschäftsaufsichten sind bis 1. Oktober insgesamt 1304 (bis 1. September 867) wieder aufgehoben worden, davon 527 im September (gegenüber 460 im August). Die tägliche Zunahme war also im September etwa 9 (gegenüber etwa 18 im August), während die täglichen Aufhebungen im September

etwa 18 (gegenüber etwa 15 im August) betragen haben. Es ist also erfreulicherweise festzustellen, daß die Zunahme der Geschäftsaufsichten sich erheblich verringert hat, während zugleich die Aufhebungen sich nicht unwesentlich vermehrt haben. Daß dies nicht lediglich der Verschärfung der Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht zuzuschreiben ist, geht daraus hervor, daß auch die Konkursöffnungen seit Juli in Abnahme begriffen sind (Konkursöffnungen im Juli 1173, August 855, September 817). Der Selbstreinschreibungsprozeß der Wirtschaft von Inflationsbetrieben hat zweifellos zu einer gewissen Beruhigung des Wirtschaftslebens beigetragen.

Krupp als Kunstseidenfabrikant in Holland. Zu den am meist florierenden Kunstseidenfabriken Hollands gehören die Werke in Ede und Arnhem. Die Fabrik in Arnhem wird neuerdings wieder ausgebaut, und bezüglich des Betriebes in Ede berichtet man dem „Konfektionär“ aus Amsterdam von Lieferungsverhandlungen der Firma Krupp, Essen. Es verlautet auch zuverlässig, daß die Firma Krupp in Arnhem eine Kunstseidenfabrik errichten wird.

Neuer Wechselkredit des Reichsbankrats. Mit Rücksicht auf die schweren Entschädigungen hat sich das Deutsche Reichsbankrat entschlossen, bei allen Aufträgen, die ihm ab 16. Oktober zur prompten Lieferung zugehen, einen dreimonatigen Wechselkredit bis auf weiteres zu gewähren. Die Diskontiposten (Reichsbankrat) hat der Bankrat zu tragen; den Wechselstempel übernimmt das Syndikat. Bei Barzahlung bleibt der übliche Kassakonto von 1/2 Proz. bestehen; außerdem gewährt das Syndikat eine Zinsberichtigung von 1/2 Proz., d. h. je Monat 1/2 Proz.

Neue Baumwollländer. Die Verknappung und Verteuerung der Baumwolle in den letzten Jahren veranlaßte eine Anzahl überseeischer Länder, sich dem Baumwollanbau zuzuwenden. Neben den Vereinigten Staaten waren es Ägypten und Indien, die den Baumwollbedarf der Welt deckten; in diesen beiden Ländern hat sich in den letzten Jahren die Anbaufläche für Baumwolle erheblich ausgedehnt. Letzten Berichten zufolge wurden im laufenden Jahre in Indien 12 713 000 Acres mit Baumwolle bepflanzt, 3 Proz. mehr als im vorigen Jahre. Eine Anzahl anderer Länder haben ihre Baumwollpflanzungen erweitert. In Südamerika ist das wichtigste Baumwollland Brasilien mit 1 800 000 Acres; die staatliche Unterstützung für die Baumwollpflanzung mußte aber in diesem Jahre infolge der schlechten finanziellen Verhältnisse des Staates unterbleiben. In Argentinien sind 225 000 Acres, in Peru 180 000, in Paraguay 120 000 mit Baumwolle bepflanzt. Die südafrikanische Union besitzt im Zululand ausgedehnte Baumwollpflanzungen. Die Beschaffenheit des Bodens ist hierfür außerordentlich geeignet. Mit dem Ausbau der Eisenbahn im Zululand soll zunächst eine halbe Million Acres Bodenfläche für den Anbau von Baumwolle gewonnen werden. Im afrikanischen Uganda wird der Baumwollanbau mit britischem Kapital stark befördert.

Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz. Am 21. Oktober finden zwischen den Vertretern der Schweizer und der deutschen Regierung in Berlin Verhandlungen über das bestehende Handels- und Zollprovisorium statt, die dazu dienen sollen, die gegenwärtig noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen zwischen den beiden Ländern zu mildern. Diese Verhandlungen sind insofern nicht als Vorbereitungen für einen neuen Handelsvertrag anzusehen.

P. Raddatz & Co
Berlin, Leipziger Str. 122/23



elektrisch behaltene
Kaffeemaschinen
Teemaschinen
Kochplatten, Brot-
röster, Bügeleisen
Leib- u. Bettwärmer.

Auf Teilzahlung!
Herren-Garderobe
Gute Qualitäten
zu soliden Preisen
CANNITZER
Schönhauser Allee 821,
am Untergundbht, Nordring

Drucksachen,
gewerblich, und Massenaufgaben
fertigt schnellstens u. billigst
Berliner Nordost-Zeitung
Wellensee, Berliner Allee 232
Setzmaschinen-, Rotations-
und Schnellpressen-Betrieb
Stereotypie / Buchbinderei.
Telefon: Amt Wellensee 48

2 Mark
wöchentliche Teilzahlung
liefern
Eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
Garantie für tadellos. Sitz
und Verarbeitung
Enorme Auswahl
in Maßstoffen, sowie fertiger Garderobe
Maßschneiderei
J. Kurzberg
Oranienstraße 150. 1.

Immer frisch.
Überall erhältlich.



Preis pro 1/2 Pfd.
nur 50 Pfg.

Rahma
MARGARINE
buttergleich

Das Beste ist gerade gut genug.
Denn kauft jede sparsame Hausfrau
Rahma-buttergleich
und keine andere.

Man verlange beim Einkauf von „Rahma — buttergleich“ gratis die Kinderzettelung „Der kleine Coco“.

Garderobe
In guten Qualitäten
auf Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung
Zwecks Räumung meiner Riesenslager in
**Herren-Anzügen, Paletots,
Ulster u. Burschen-Sachen**
gewähre ich Vorzeiger dieses Inserats
10 Prozent Rabatt!
Bei genügender Legitimation sofortige An-
handlung der Ware
COHN
Osten: Große Frankfurter Str. 50
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Norden: Badstraße 47-48
(5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen)
Bitte auf Firma und Nr. zu achten!

Sport und Fußpflege.
5.

Wenn man beim Sport die ganze Gewalt an eines hervorragenden Grassportplatz verschwendet, statt damit den Ball in sanftem Schwunge durch das Weltall zu treiben, daß er einige Planeten aus ihrer Bahn wirft, so überläßt man die Zügel im Himmel Juchend und Bockt keinen Unterschied mehr zwischen diesem und einem Dudesack. Hüte! Da, wo sportlich die ganze Körperhaltung, die Knickung des Menschen körperlich und seelisch, sie nehmen ihm das selbstbewußte Auftreten. Deine Hüftmuskeln besitzst Du in wenigen Tagen unbrauchbar, also ohne Schmerzen und ohne Gefahr der Hüftverletzung und schmerzlos ohne Entzündung, durch das Kukriol-Hüftmuskeln-Pflaster. Eine Packung Kukriol-Fußbad ist jetzt in allen Apotheken und wirklichen Fachdrogerien für
nur 30 Pfennig
zu haben. Verlangt aber bestimmt als echten Kukriol-Fußbad, kennstlich an der Schutzmarke „Fischkopf mit Fuß“. Sind sie irgendwo nicht vorräthig, so wird man versuchen, Dir andere als „sehr sehr gut“ aufzureden. Laß Dich darauf nicht ein, sondern geh lieber ins nächste Geschäft. Wo man für sein Geld das bekommt, was man wünscht, da kauft man überhaupt vorteilhafter ein.
Kukriol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.
Die deutschen Rundfunksender spielen am Sonnabend, den 18. d. M., in dem Abendprogramm den „Kukriol-Walzer“, worauf wir an dieser Stelle besonders hinweisen. Der Kukriol-Walzer ist in den nächsten Tagen auch als Odoo-Schallplatte erhältlich.



Auf vielseitigen Wunsch haben wir uns entschlossen, die beliebte Zigarette, VALUTA rund und mit Goldmundstück für 2 Pfg. herauszubringen, damit jeder sie haben kann, der für wenig Geld etwas unbedingt Gutes rauchen möchte. „Enver Bey“ Zigarettenfabrik

Halbstores 2 45 3 75
Etamingarnituren 5 75 7 75
Tüllgarnituren 3 95 5 75
Madrasgarnituren 6 90 9 75

Winterpaletots 75 00
Winterlodenjoppen 22 00

Damen-Leder-Tresors-Scheinfaschen 45 Pf.
Grosse Damen-Taschen 3 90

Damen-Strümpfe 48 Pf.
Herren-Socken 45 Pf.

Billige Angebote

Kamelhaarstoff-Hausschuhe mit Fils- und Lejersohle für Herren 3 50 für Damen 2 90
Damen-Hausschuhe in Stoff und Seidenstoff, mit Kordeleohle 2 20
Herren-Stiefel u. -Halbschuhe schw. R-Ber. nur mod. Form, Rahmenarbeit 12 50

Trüffel-Mokka-Schmitte 1 40
Pralinenmischung 1 20
Haushaltkeks 90 Pf.
Schokoladenkeks 1 40
Alpenvollmilch 40 Pf.
Holländ. Kakao 90 Pf.

Warme Kittel und Hänger aus Darchentstoffen 45 bis 55 cm lang 1 90

Hermann Metz

Leipziger Str. Alexandersplatz Frankfurter Allee

Leipziger Str. Alexandersplatz Frankfurter Allee

Tischdecken 6 50 9 75
Diwanddecken 9 75 14 75
Steppdecken 19 50 25 00
Wirbeldiwandecken 44 00

Damen-Handschuhe 5 90
Damen-Handschuhe 7 50

Farbige Schürzen 1 25
Farbige Schürzen 2 25

Herren-Hemden u. -Hosen 2 45
Damen-Schlüpfer 1 75

Verkäufe

Raumwoll-Rohmaterialien für Hausgebrauch und Gewerbe...
Koppl. - Thomas, Dresdenstr. 44...
Tüllgarnituren bei Meiner An- und Abrechnung...

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Verkauf von Gesellschafts-Anzügen...
Kaufgarnituren...
Damenmäntel, Herbstmäntel...

Möbel

Möbel-Hausmann, Neue Schönhauser Str. 1...
Möbel-Hausmann, Neue Schönhauser Str. 1...
Möbel-Hausmann, Neue Schönhauser Str. 1...

Musikinstrumente

Pianos, Schmorze, zu Fabrikpreisen...
Kaufgarnituren...
Möbel-Hausmann, Neue Schönhauser Str. 1...

Kaufgesuche

Fahrräder...
Kaufgarnituren...

Verschiedenes

Gewissenhafte Unternehmung...
Vertrauensvolle Auskunft...
Vermietungen...
Arbeitsmarkt...
Stellenangebote...

Redakteur

Wir suchen für die Redaktion der Leipziger Volkszeitung einen Redakteur für die kommunalen Angelegenheiten...

Lehrmädchen

Einige ungelernete Arbeiterinnen...
Zigarettenpaakerinnen...
Zigarettenfabrik J. Garbáty...

Stellengesuche

Mitarbeiter- oder Redakteurposten gesucht!
Zweigeübte Repassiererinnen...
Mechaniker...
Manometern...

Redakteur

Wir suchen für die Redaktion der Leipziger Volkszeitung einen Redakteur für die kommunalen Angelegenheiten...

Lehrmädchen

Einige ungelernete Arbeiterinnen...
Zigarettenpaakerinnen...
Zigarettenfabrik J. Garbáty...

Stellengesuche

Mitarbeiter- oder Redakteurposten gesucht!
Zweigeübte Repassiererinnen...
Mechaniker...
Manometern...

Redakteur

Wir suchen für die Redaktion der Leipziger Volkszeitung einen Redakteur für die kommunalen Angelegenheiten...

Lehrmädchen

Einige ungelernete Arbeiterinnen...
Zigarettenpaakerinnen...
Zigarettenfabrik J. Garbáty...

Stellengesuche

Mitarbeiter- oder Redakteurposten gesucht!
Zweigeübte Repassiererinnen...
Mechaniker...
Manometern...

Redakteur

Wir suchen für die Redaktion der Leipziger Volkszeitung einen Redakteur für die kommunalen Angelegenheiten...

Lehrmädchen

Einige ungelernete Arbeiterinnen...
Zigarettenpaakerinnen...
Zigarettenfabrik J. Garbáty...

Stellengesuche

Mitarbeiter- oder Redakteurposten gesucht!
Zweigeübte Repassiererinnen...
Mechaniker...
Manometern...

Redakteur

Wir suchen für die Redaktion der Leipziger Volkszeitung einen Redakteur für die kommunalen Angelegenheiten...

Lehrmädchen

Einige ungelernete Arbeiterinnen...
Zigarettenpaakerinnen...
Zigarettenfabrik J. Garbáty...

Stellengesuche

Mitarbeiter- oder Redakteurposten gesucht!
Zweigeübte Repassiererinnen...
Mechaniker...
Manometern...

Damenmäntel 35.- Herren-Anzüge 25.- bis 40.- Leihhaus Moritzplatz 58 A.

Preußen und die Reichsbahn.

Wohnungsgeld für Beamte. - Wohlfahrtspflege.

Auf der Tagesordnung des Landtags steht als erster Gegenstand der Zentrumsantrag, das Staatsministerium zu er...

Abg. Baumhoff (Z.) begründet den Antrag und weist auf die bevorstehende Neuregelung im Reich hin. Man scheint wieder das Parlament vor vollendete Tatsachen stellen zu wollen.

Abg. Kleinmeyer (Soz.) stimmt dieser Ausführungen zu und ist für Ausnahmeverfahren. Das Reichsfinanzministerium wolle die „Entspannung“ noch vergrößern auf Kosten der niederen Gruppen.

Abg. Althoff (Dnsl.) erklärt, auch in dieser Frage würden die preussischen Belange außer acht gelassen. Der Schritt von der Ortszulage zum Wohnungsgeld sei aber entgegen den Ausführungen des Vorredners zu begrüßen.

Abg. Meißner (D. Sp.) erklärt, augenblicklich könne man in dieser Frage nicht zu einer endgültigen Entscheidung kommen, wo alle Verhältnisse, besonders die Wohnungsverhältnisse, noch völlig ungeklärt seien.

Abg. Knoth-Frankfurt (Komm.) ist der Ansicht, man wolle mit der Neuregelung die Beamten von X aufwärts wiederum besser stellen, die Lage der unteren aber verschlechtern.

Abg. Herrmann-Breslau (Dem.) begrüßt den Antrag, spricht sich gleichfalls gegen eine Ausweitung des Parlamentes aus und fordert Änderung der beteiligten Instanzen.

Der Antrag geht an den Beamtenauschuß.

Preußen und die Reichsbahn.

Hierauf begründet Abg. Dr. Vinterell (D. Sp.) die Große Anfrage seiner Fraktion, die auch von der Sozialdemokratie und dem Zentrum unterstützt ist, über die Bildung des Vorstandes der Deutschen Reichsbahngesellschaft...

Ein Vertreter der Regierung führt aus, die preussische Staatsregierung sei von Anfang an im Sinne des Interessanten bemüht gewesen. Es sei Übereinstimmung darüber vorhanden, daß im Falle irgendeiner der Länder, z. B. Bayern, besondere Zugeständnisse gemacht würden, auch Preußen berücksichtigt werden müsse.

Abg. Fries (Soz.) stellt die kritische Vertiefung der Bestimmungen des Staatsvertrages fest. Bayern habe ein Sonderrecht erhalten. Es solle einen Bayer in den Verwaltungsrat bekommen. Bayern habe sich ausdrücklich die Geltendmachung seines partikularistischen Standpunktes vorbehalten.

zuzustand bringen und weitergehend behandeln. Die neue Generaldirektion gibt einfach nach Schema F einheitliche Tarife heraus und schädigt damit weite Wirtschaftskreise Preußens außerordentlich.

Abg. Fischel (Dem.) Wir halten fest an den Errungenschaften der Weimarer Verfassung, welche die Verwaltung und Regelung des Verkehrswezens einheitlich in die Hand des Reiches gelegt hat.

Eine zoologische Merkwürdigkeit.



Der Jarenfrosch (hyla arborea Kyrillus), aus Rußland stammend, unterscheidet sich von unserem Laubfrosch dadurch, daß er die Leiter hinaufklettert, wenn in Rußland schlechtes Wetter herrscht.

rütteln lassen. Nun erwidert man, das Reich habe in einem Vertrage Preußen ausdrücklich zugesichert, daß das preussische Staatsbahngesetz unter einem Direktor in einer Sonderorganisation zusammengefaßt werde.

Wir fragen unsererseits, hat Preußen zugestimmt, daß Bayern ein solches Referatrecht gegeben ist, was wir von unserem Standpunkte aus nur bedauern können. Wir folgern gerne aber nicht weiter, daß ein solches bayerisches Referat nun auch ein preussisches zur Folge haben muß.

Abg. Dr. Schwering (Z.) Wir stehen in einer hochpolitischen Debatte um den unitarischen Gedanken. Wir sind und bleiben auf diesem Gebiet Föderalisten. An der „Rückbildung“, die seit 1919 eingetreten ist, ist nicht Preußen, sondern Bayern schuld.

Abg. Meißner (D. Sp.) Nur darin kann ich Herrn Fischel bestimmen, daß man bei einem „Einvernehmen“ den anderen Teil nicht zwingen kann. Wenn ein Land in Deutschland so zurückgefallen ist, wie Preußen, muß es um so eifriger seine Rechte zu wahren bemüht sein.

Mann im Direktorium. Wir wollen aber auch nicht zurückweichen hinter anderen Ländern. Wir verlangen für Preußen nur, was wir verlangen können und verlangen müssen.

Abg. Dahlem (Komm.): Gegenüber dem Reichsbahngesetz hat Preußen keine Rechte mehr. Die Eisenbahnen sind heute ein Ausbeutungsobjekt der fremden Staaten.

Abg. Fries (Soz.) stellte fest, daß er bezüglich der Rechtslage sich nicht im Irrtum befinde. Die abgeschlossenen Verträge seien rechtsverbindlich. In den Streit um die Zusammenlegung des Vorstandes der Reichsbahngesellschaft wolle die Sozialdemokratie sich nicht einmischen.

Abg. Fischel (Dem.): Wir sind der Meinung, daß Bayern nicht sowohl aus wirtschaftlichen Gründen, als vielmehr in erster Linie aus politischen, partikularistischen Gesichtspunkten sein eigenes Bahnsystem haben will.

Damit ist die Besprechung der großen Anfragen erledigt. Der Gegenstand wurde dem Verkehrsausschuß überwiesen.

Haushalts für Volkswohlfahrt.

Abg. Dr. Quast-Jassem (Dnsl.) weist auf die Folgen der Annahme des Dames-Gesetzes hin. Wir sollen unermessliche Leistungen für die Entente erfüllen. Um so mehr bedarf es der Pflege der Volksgesundheit.

Abg. Heidereich (D. Sp.): Wir müssen leider im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel bleiben und versuchen, damit das Beste für die Volksgesundheit herauszuholen. Das Instrument der Presse, der öffentlichen Meinung, muß vom Volkswohlfahrtsministerium viel mehr zur Aufklärung über die gesundheitlichen Gefahren benutzt werden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags genehmigt die Verordnung über die Ausdehnung der Hauszinssteuer auf Neubauten, die mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln gebaut sind.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind bis zum 18. Oktober, 12 Uhr, bei der Redaktion einzureichen.

Heute, Sonnabend, den 18. Oktober: 1. 10. 6 Uhr: Nachmittagsbesprechung von Adolphine, Kaiserstr. 1, aus.

Morgen, Sonntag, den 19. Oktober: 21. 10. 10. 3 Uhr: in den Thurns-Sälen, Müllerstr. 162, Verhandlung für die Partei. Referat: Genelle Crispian, Eintritt 60 Pf. Gäste willkommen.

Arbeiter-sport. Arbeiter-Fußballspiele am Sonntag.

Die erste Hälfte des Serienbetriebes geht ihrem Ende entgegen, und in einzelnen Bezirken sind nur noch wenige Spiele notwendig, um die folgenden Herbsttunde abzuschließen.

